



EINSCHREIBEN vorab per Email

Herrn Bundeskanzler Sebastian Kurz - persönlich  
c/o Bundeskanzleramt der Republik Österreich  
Ballhausplatz 2, A-1010 Wien

**Offener Brief zu Corona LI**

Innsbruck, 2020-05-13

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

ich ersuche Sie meine offenen Briefe als Anfragen nach dem bestehenden **Auskunftsgesetz** zu behandeln.

Herr Kurz, hier darf ich Ihnen noch die aktuellen Informationen der **Swiss Propaganda Research** näherbringen:

6. Mai 2020

### **Interviews mit Experten**

- **Stanford-Professor John Ioannidis** erklärt in **einem Interview mit CNN**, dass Covid19 eine „verbreitete und milde Erkrankung“ sei, die für die Allgemeinbevölkerung gleich gefährlich oder sogar weniger gefährlich als die Influenza (Grippe) sei. **Zu schützen seien insbesondere Patienten in Pflegeheimen und Krankenhäusern.**
- **Stanford-Professor Dr. Scott Atlas** erklärt in **einem Interview mit CNN**, dass man „**durch die falsche Idee, Covid19 stoppen zu müssen, eine katastrophale Situation im Gesundheitsbereich geschaffen**“ habe. Es seien irrationale Ängste erzeugt worden, denn die Erkrankung sei „insgesamt mild“. Deshalb gebe es auch „**absolut keinen Grund**“ für umfangreiche Testungen in der Allgemeinbevölkerung, diese seien nur **gezielt in Krankenhäusern und Pflegeheimen erforderlich**. Professor Atlas verfasste Ende April einen Artikel mit dem

Titel [„Die Daten sind da – Stoppt die Panik und beendet die totale Isolation“](#), der über 15.000 Kommentare erzeugte.

- Epidemiologe **Dr. Knut Wittkowski** erklärt in [einem neuen Interview](#), dass die Gefährlichkeit von Covid19 vergleichbar mit einer Influenza sei und **der Höhepunkt in den meisten Ländern bereits vor dem Lockdown überschritten war. Der Lockdown ganzer Gesellschaften sei eine katastrophale Entscheidung ohne Nutzen aber mit enormen Schäden gewesen**. Die wichtigste Maßnahme sei der Schutz von Pflegeheimen. Die Aussagen von Bill Gates zu Covid19 seien „absurd“ und hätten „nichts mit der Realität zu tun“, eine Impfung gegen Covid19 sei nicht erforderlich. Das einflussreiche Covid19-Modell des britischen Epidemiologen Neil Ferguson sei ein „völliger Fehlschlag“ gewesen. ([Deutsches Transkript des Interviews](#))
- Der deutsche Virologe **Hendrik Streeck** erklärt in [einem neuen Interview](#) die finalen Resultate seiner [Antikörper-Studie](#). Streeck fand eine Covid19-Letalität von 0.36%, erklärt jedoch, dass dies eine Obergrenze sei und die **Letalität vermutlich im Bereich 0.24 bis 0.26% oder sogar darunter liege**. Das Durchschnittsalter der **testpositiven Verstorbenen lag bei ca. 81 Jahren**.
- Biologieprofessor und Nobelpreisträger **Michael Levitt**, der sich seit Februar mit der Ausbreitung von Covid19 befasst, beschreibt **den allgemeinen Lockdown als einen „riesigen Fehler“** und fordert gezieltere Maßnahmen, insbesondere zum Schutz der Risikogruppen.
- Der emeritierte Mikrobiologie-Professor **Sucharit Bhakdi** erklärt [in einem neuen Interview](#), dass Politik und Medien zu Covid19 eine **„unerträgliche Angstmacherei“ und eine „unverantwortliche Desinformation“** gegenüber der Bevölkerung betreiben. Atemschutzmasken für die Allgemeinbevölkerung seien gesundheits-schädliche Keimfänger. **Die gegenwärtige Krise sei von den Politikern selbst herbeigeführt worden** und habe wenig mit dem Virus zu tun. **Ein Impfstoff gegen Coronaviren** sei wie schon bei der Schweinegrippe **„unnötig und gefährlich“**. **Die WHO übernehme für ihre vielen Fehlentscheidungen seit Jahren keine Verantwortung.**
- Der Schweizer Chefarzt für Infektiologie, **Dr. Pietro Vernazza**, erklärt in [einem neuen Interview](#), dass die Covid19-Erkrankung „für die allermeisten Menschen mild verläuft“. Die „Zählerei von Infizierten und der Ruf nach mehr Tests“ würden nicht viel bringen. Zudem würden die meisten Leute, die in der Coronastatistik aufgeführt sind, **nicht nur an Covid-19 sterben**. Die Sterblichkeit von Covid-19 liege nach bisherigen Erkenntnissen „in der Größenordnung einer saisonalen Grippe“. **Für den Nutzen von Atemschutzmasken bei Menschen, die selbst keine Symptome zeigen, gebe es keine Belege.** ([Archivversion](#))

- Eine [neue Übersicht aller bisherigen PCR- und Antikörper-Studien](#) zeigt, dass der Medianwert der Covid19-Letalität (IFR) bei ca. 0.2% und damit im Bereich einer starken Influenza liegt.
- Eine [neue Antikörper-Studie mit dänischen Blutspendern](#) ergab eine sehr tiefe Covid19-Letalität (IFR) von 0.08% für Personen unter 70 Jahren.
- Eine [neue Antikörper-Studie](#) aus dem Iran, einem der am frühesten und am stärksten von Covid19 betroffenen Länder, kommt ebenfalls auf eine sehr tiefe Letalität von 0.08% bis 0.12%.
- Eine neue [Antikörper-Studie aus Japan](#) kommt zum Ergebnis, dass dort ca. 400 bis 800 mal mehr Menschen mit dem neuen Coronavirus Kontakt hatten als bisher angenommen, jedoch keine oder kaum Symptome zeigten. Japan hatte bisher relativ wenig getestet.
- Eine [neue Studie aus Deutschland](#) mit Beteiligung des Virologen Christian Drosten zeigt, dass rund ein Drittel der Bevölkerung bereits eine gewisse **zelluläre Immunität** gegen das Covid19-Coronavirus aufweist, vermutlich durch den Kontakt mit früheren Coronaviren (Erkältungsviren). Diese zelluläre Immunität durch sogenannte T-Zellen liegt deutlich höher als die PCR- und Antikörper-Tests vermuten ließen und dürfte teilweise erklären, warum viele Menschen beim neuen Coronavirus keine oder kaum Symptome entwickeln.
- In einem Gefängnis im US-Bundesstaat Tennessee zeigten nur zwei von 1349 testpositiven Personen überhaupt Symptome.
- Auf dem französischen **Flugzeugträger Charles de Gaulle** verstarb von 1046 testpositiven Matrosen bisher **keiner**. Auf dem US-Flugzeugträger Theodore Roosevelt verstarb von 969 testpositiven Matrosen bisher **einer** (Vorerkrankungen und Todesursache nicht bekannt). Insgesamt ergibt sich daraus eine Letalität von 0 bis 0.1% für diese Bevölkerungsgruppe.
- Zahlreiche Medien berichteten von angeblichen „**Neu-Infektionen**“ bereits genesener Personen in Südkorea. Forscher kamen nun aber [zum Ergebnis](#), dass es sich bei diesen 290 Verdachtsfällen um **falsche positive** Testresultate handelte, ausgelöst durch „nicht-infektiöse Virenfragmente“. Das Ergebnis wirft auch ein Schlaglicht auf die **bekannte Unzuverlässigkeit** der Virentests.

## Weitere medizinische Meldungen

- Im Rahmen einer weiteren Panikmeldung berichteten zahlreiche Medien davon, dass im Zusammenhang mit Covid19 zunehmend Kinder an der sogenannten **Kawasaki-Krankheit** (eine Gefäßentzündung) erkranken würden. Die britische Kawasaki Disease Foundation teilte [in einer Pressemitteilung](#) indes mit, dass derzeit *weniger* Kawasaki-Fälle als üblich gemeldet werden, und dass von den wenigen gemeldeten Fällen nur **rund die Hälfte überhaupt positiv auf Coronaviren getestet haben**.

- Ein **französischer Arzt** spricht in einem Offenen Brief an das französische Gesundheitsministerium bezüglich Covid19 vom „größten Gesundheitsbetrug des 21. Jahrhunderts“. Die Gefährlichkeit des Virus für die Allgemeinbevölkerung liege im Bereich der Influenza und die Folgen des Lockdowns seien gefährlicher als das Virus selbst.
- In **Frankreich** wurde im Rahmen einer nachträglichen Untersuchung bekannt, dass der erste Covid19-positive Patient bereits Ende Dezember 2019 und damit einen Monat früher als bisher angenommen behandelt wurde. Der Mann wurde damals wegen einer scheinbar grippebedingten Lungenentzündung behandelt. Dieser Fall zeigt, dass die neuen Coronaviren entweder bereits früher als angenommen in Europa waren, oder dass sie nicht so neu sind wie angenommen, oder dass es sich um ein falsches positives Testresultat handelt. Zudem ist nicht klar, ob der derweil wieder gesunde Mann nun an Grippe- oder an Coronaviren oder an beiden erkrankt war.
- Der Exekutivdirektor der WHO nannte **Schweden** zuletzt ein „Vorbild“ für den Umgang mit Covid19. Schweden habe seine Gesundheitspolitik erfolgreich und „in Partnerschaft mit der Bevölkerung“ umgesetzt. Zuvor wurde Schweden während Wochen von ausländischen Medien und Politikern für seinen entspannten Umgang mit Covid19 heftig kritisiert.
- **Weißrussland**, das von allen europäischen Ländern am wenigsten Maßnahmen gegen Covid19 ergriff und selbst Sportturniere und andere Großveranstaltungen nicht absagte, zählt nach über zwei Monaten erst 103 testpositive oder vermutete Covid19-Todesfälle. Der weißrussische Langzeit-Präsident Lukashenko nannte Corona eine „Psychose“. Kritiker vermuten indes, er gebe nicht alle Todesfälle bekannt.
- Eine umfangreiche Literaturswertung durch einen kanadischen Forscher ergab, dass Atmenschutzmasken keinen nachweisbaren Schutz gegen Erkältungen und Influenza bieten.
- Ein **Schweizer Chefarzt für Psychiatrie** rechnet aufgrund des Lockdowns und der Arbeitslosigkeit mit einer starken Zunahme an psychischen Problemen und über 10.000 Suiziden weltweit.
- Die sogenannte **Reproduktionszahl**, die die Weiterverbreitung von Covid angibt, wird zunehmend zum Politikum. An der Realität ändert das jedoch nichts: Der Höhepunkt der Ausbreitung war in den meisten Ländern bereits vor dem Lockdown erreicht und die Reproduktionszahl fiel durch simple Alltags- und Hygienemaßnahmen auf oder unter den stabilen Wert von eins. Der Lockdown war epidemiologisch mithin unnötig und unsinnig.
- Das **Krankheitsbild und die Risikogruppen** von Covid19-Coronaviren dürften mit der Nutzung des sogenannten ACE2-Zellrezeptors zusammenhängen, der in den Bronchien und Lungen, aber auch in Blutgefäßen, dem Darm und Nieren vorkommt. Allerdings nutzen auch andere Coronaviren wie etwa das

Erkältungsvirus NL63 den ACE2-Rezeptor. Einige Forscher rechnen deshalb damit, dass auch die Covid19-Coronaviren mittelfristig als gewöhnliche Corona-Erkältungsviren zu sehen sind.

- Die genaue **Herkunft des neuen Coronavirus** ist weiterhin unklar. Am naheliegendsten ist eine natürliche Übertragung oder Mutation, wie sie häufig vorkommt. Es ist indes richtig, dass das virologische Labor in Wuhan im Rahmen eines von den USA mitfinanzierten Forschungsprogramms Coronaviren aus Fledermäusen untersuchte und dabei auch die Übertragbarkeit auf andere Säugetiere prüfte, was von einigen Forschern seit Jahren als zu riskant kritisiert wurde. Die Leiterin des Labors erklärte indes, das neue Virus entspreche nicht den im Labor untersuchten Coronaviren. Frühere Gerüchte bezüglich „Biowaffen“ oder „HIV-Sequenzen“ sind angesichts der relativen Harmlosigkeit des Coronavirus indes als Desinformation anzusehen.

## **Pflegeheime**

Pflegeheime spielen eine absolute Schlüsselrolle in der aktuellen Corona-Situation. In den meisten westlichen Ländern ereigneten sich 30% bis 70% aller Todesfälle „im Zusammenhang mit Covid“ in Pflegeheimen (in einzelnen Regionen sogar bis zu 90%). Auch aus Norditalien ist bekannt, dass die dortige Krise durch einen panikbedingten Zusammenbruch der Alterspflege begann.

Pflegeheime erfordern einen gezielten Schutz und profitieren nicht von einem allgemeinen Lockdown der Gesellschaft. Betrachtet man nur die Todesfälle in der Allgemeinbevölkerung, so liegen diese in den meisten Ländern im Rahmen einer gewöhnlichen oder sogar milden Grippewelle.

In vielen Fällen ist zudem nicht klar, woran die Menschen in den Pflegeheimen wirklich starben, d.h. ob an Covid19 oder an Stress, Angst und Einsamkeit. Aus Belgien ist beispielsweise bekannt, dass ca. 94% aller Todesfälle in Pflegeheimen ungetestete „Verdachtsfälle“ sind.

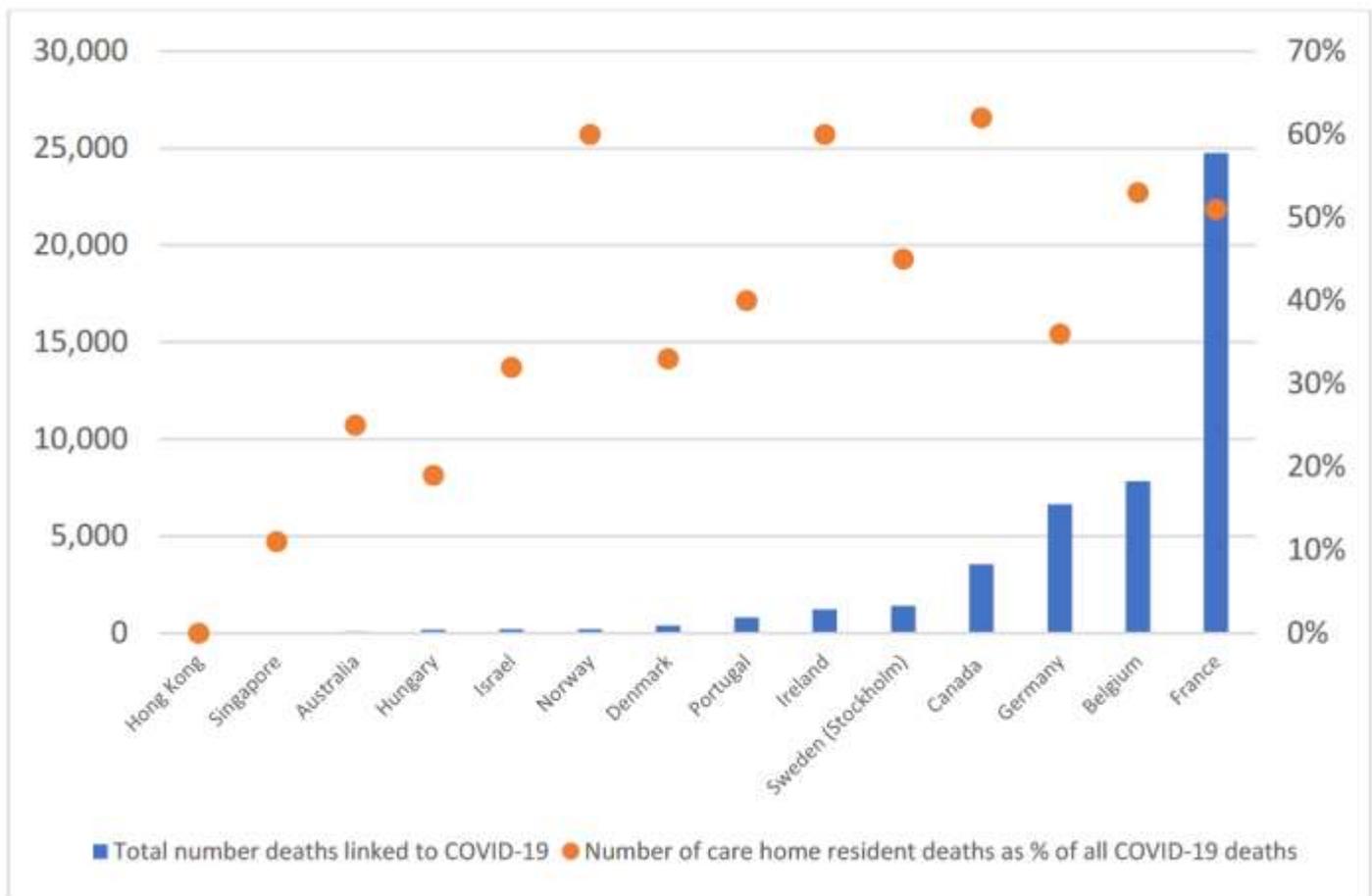
Eine neue Analyse der französischen Statistiken zeigt zudem Folgendes: Sobald es in einem Pflegeheim einen „Verdachtsfall“ gibt (z.B. durch Husten), gelten alle Todesfälle als „Covid19-Verdachtsfälle“ und sobald es in einem Pflegeheim einen „bestätigten Fall“ gibt (selbst wenn symptomlos), gelten alle Todesfälle als „bestätigte Covid19-Todesfälle“.

Ein Bericht aus Deutschland beschreibt eindringlich, unter welch extremen Bedingungen hunderttausende Patienten in Alters- und Pflegeheimen in den vergangenen Wochen leben mussten, und zwar oftmals auch gegen ihren Willen. Viele der Patienten durften ihr Zimmer kaum mehr verlassen, durften nicht mehr an die frische Luft und keinen Besuch von Angehörigen empfangen.

In mehreren Pflegeheimen kam es aufgrund des fehleranfälligen PCR-Virentests zudem zu [folgenreichen Fehlalarmen](#). In einem kanadischen Pflegeheim flüchteten die Mitarbeiter aus Angst vor dem Coronavirus, sodass in der Folge 31 Menschen [mangels Pflege verstarben](#).

Der frühere New York Times Journalist und Corona-Kritiker Alex Berenson [schreibt dazu auf Twitter](#): „Let’s be clear: the fact the nursing home deaths are not front and center every day in elite media coverage of #COVID tells you everything you need to know about the media’s priority – which is instilling panic (and punishing Trump), not driving good health policy.“

**Zur Analyse:** [Mortality associated with COVID-19 outbreaks in care homes: early international evidence](#) (LTC Covid, Mai 2020)



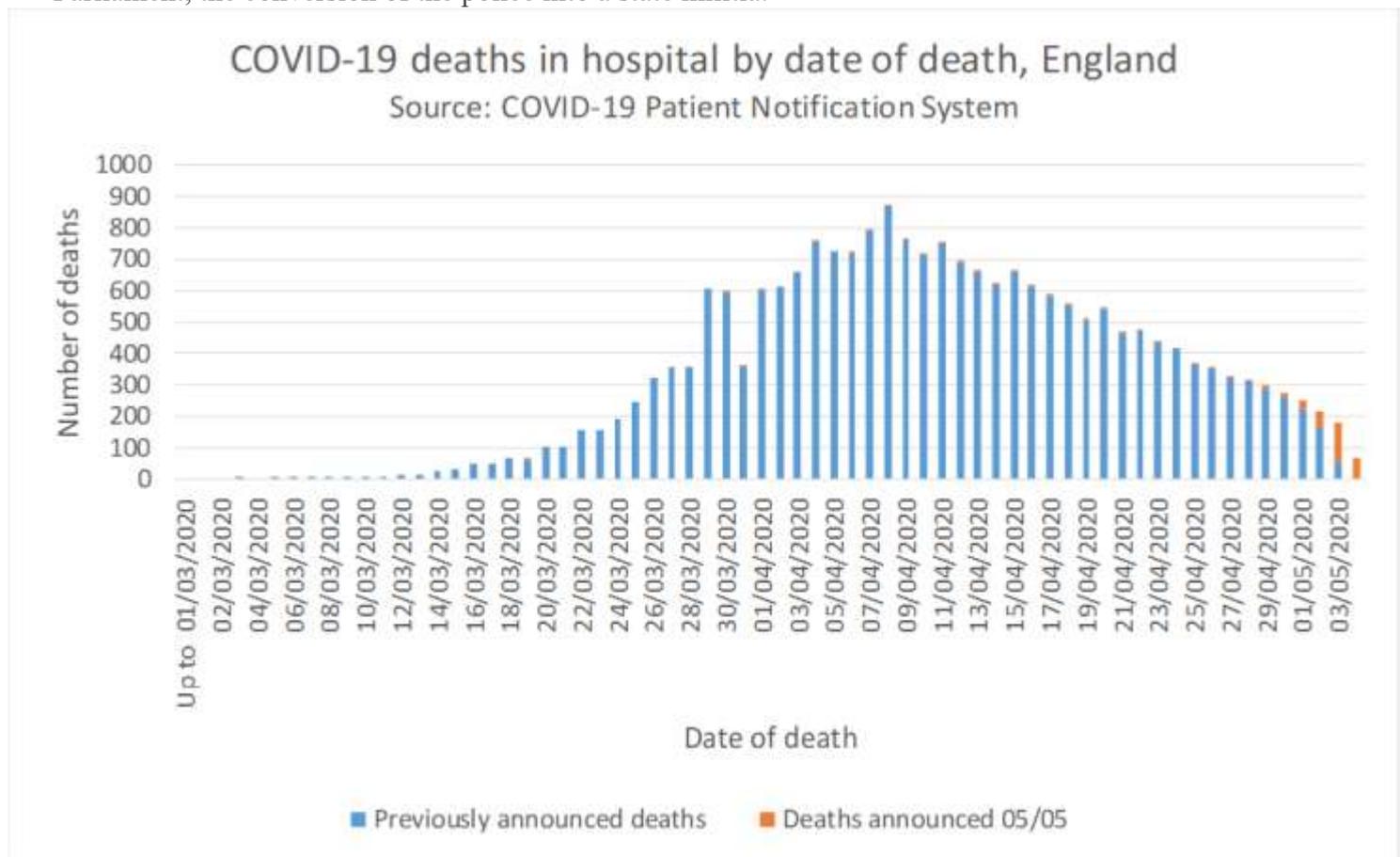
Todesfälle in Pflegeheimen, absolut und prozentual (LTC Covid)

## Großbritannien

- Die kumulierte Gesamtsterblichkeit in Großbritannien liegt derzeit im Bereich der [fünf stärksten Grippewellen](#) der letzten 25 Jahre. Der Höhepunkt der täglichen Todesfälle in Krankenhäusern war bereits am 8. April erreicht (siehe Grafik unten).
- Neue [statistische Daten](#) zeigen, dass Mitte April von ca. 12.000 *zusätzlichen* Todesfällen ca. 9000 „im Zusammenhang mit Covid“ waren (inkl. „Verdachtsfälle“), aber ca. 3000 „nicht im Zusammenhang mit

Covid“. Zudem seien von den insgesamt ca. 7300 Todesfällen in Pflegeheimen nur ca. 2000 „im Zusammenhang mit Covid“ erfolgt. Sowohl bei den „Covid19-Todesfällen“ als auch bei den Nicht-Covid19-Todesfällen ist oftmals unklar, woran diese Menschen wirklich starben. Der Verband der britischen Pathologen hat deshalb einen „systematischen Review der wirklichen Todesursachen“ gefordert.

- Die zusätzlich errichteten temporären Krankenhäuser blieben bisher weitgehend leer. Ein ähnliches Bild zeigte sich zuvor bereits in China, den USA und anderen Ländern.
- Ende April wurde bekannt, dass der Lockdown offenbar nicht, wie offiziell dargestellt, allein von einer wissenschaftlichen Kommission empfohlen wurde, sondern dass ein hoher Regierungsberater die Wissenschaftler zur Unterstützung des Lockdowns bewegte.
- Peter Hitchens: We're destroying the nation's wealth – and the health of millions „If you don't defend your most basic freedom, the one to go lawfully where you wish when you wish, then you will lose it for ever. And that is not all you will lose. Look at the censorship of the internet, spreading like a great dark blot, the death of Parliament, the conversion of the police into a state militia.“



England: Testpositive Todesfälle in Krankenhäusern ([NHS](#))

## Vereinigte Staaten

- Der [neueste Bericht der US-Gesundheitsbehörde CDC](#) zeigt, dass die Covid19-Hospitalisierungsrate bei den über 65-Jährigen **im Bereich starker Grippewellen liegt**. Bei den 18- bis 64-Jährigen liegt sie etwas darüber, bei den unter 18-Jährigen liegt sie deutlich darunter.
- **Video:** Eine Krankenschwester aus New York City [erklärte in einem dramatischen Beitrag](#), New York würde die Covid19-Patienten „umbringen“, in dem sie an **invasive Beatmungsmaschinen angeschlossen und ihre Lungen dadurch zerstört werden**. Die Verwendung der invasiven Beatmungsmaschinen (statt einfache Beatmungsmasken) **geschehe „aus Angst vor einer Verbreitung des Virus“**. Es sei „ein Horrorfilm“, „nicht wegen der Krankheit, sondern wegen der Art, wie damit umgegangen wird“. Fachleute haben bereits seit März vor der Intubation von Covid19-Patienten [gewarnt](#).
- Dr. Daniel Murphy, der Leiter der Notfallmedizin eines stark betroffenen Krankenhauses in New York City, empfiehlt eine [rasche Beendigung des Lockdowns](#). Die Covid19-Welle habe bereits am 7. April ihren Höhepunkt erreicht. Covid19 sei eine ernste Angelegenheit, aber die Angst davor sei übertrieben, da die große Mehrheit der Bevölkerung höchstens mild erkrankte. Seine größte Sorge sei nun der **starke Rückgang der Versorgung von Notfallpatienten und Kindern durch den Lockdown** und die verbreitete Angst in der Bevölkerung.
- **Video:** Die konservative Enthüllungsplattform Project Veritas sprach mit [Chefs von New Yorker Bestattungsunternehmen](#), die erklärten, dass derzeit **„auf alle Totenscheine“** (von Verdachtsfällen) Covid geschrieben werde, egal ob es einen Test gab oder nicht. Viele Menschen würden derzeit zuhause sterben, und oft werde die Todesursache gar nicht mehr überprüft. **Die Covid19-Statistiken würden aus politischen oder finanziellen Gründen aufgeblasen, da es für Covid-Patienten und -Todesfälle zusätzliche Bundesgelder gebe**.
- Der Direktor des Gesundheitsdepartements von Illinois [bestätigte](#), dass **selbst todkranke Menschen, die eindeutig an einer anderen Ursache sterben**, aber vor oder nach dem Tod positiv auf Covid19-Viren getestet werden, **als Covid19-Todesfälle erfasst werden**.
- In den USA haben aufgrund des Lockdowns bis Ende April bereits **30 Millionen Menschen Arbeitslosenhilfe beantragt** – das sind deutlich mehr, als die Internationale Arbeitsagentur ILO ursprünglich für die ganze Welt annahm.
- Tesla-Chef Elon Musk bezeichnete die **Ausgangssperren in Kalifornien als „fascistisch“**. Die „gewaltsame Inhaftierung“ von Menschen in ihren Häusern verstoße gegen all ihre verfassungsmäßigen Rechte, erklärte Musk in einer Telefonkonferenz.
- **Video:** In den USA wurde eine Mutter zuhause [von der Polizei konfrontiert](#), weil ihre Kinder unerlaubterweise mit den Nachbarkindern gespielt haben.

- **Video:** [US-Medien wurden Ende April bei der teilweisen Inszenierung eines Protests von Pflegemitarbeitern gegen Anti-Lockdown-Demonstranten erwischt.](#) ([Mehr dazu](#)).

## Schweiz

- Die [kumulierten Todesfälle](#) seit Anfang Jahr liegen in der Schweiz weiterhin im Bereich einer üblichen Grippewelle und weit unter der starken Grippewelle von 2015 (siehe Grafik unten). Rund [50% der Todesfälle](#) erfolgten in Alters- und Pflegeheimen.
- Die Schweizer Regierung plant, die [aktuellen Corona-Notverordnungen](#) in ein permanentes [dringliches Bundesgesetz zu überführen](#). Die meisten Schweizer Medien haben über diese folgenreiche Ankündigung nicht oder nur am Rande berichtet.
- Die Schweizer Armee begann mit der Testung einer [App zur Kontaktverfolgung](#), die ab dem 11. Mai in Zusammenarbeit mit Google und Apple eingeführt werden soll. Ein Schweizer „Datenschützer“ [erklärte derweil](#): „Wenn die [Contact-Tracing-App](#) geeignet und erforderlich ist, braucht es keine Freiwilligkeit“.
- Auf dem Schweizer Bundesplatz in Bern kam es zu verschiedenen [Mahnwachen mit rund 400 Teilnehmern](#), die sich gegen Einschränkungen der Verfassungsrechte aussprachen. Die Kundgebungen wurden jeweils von der Polizei geräumt.
- Im Rahmen von [Covid19](#) kam nicht die seit langem bestehende Schweizer [Pandemie-Kommission](#) zum Einsatz, sondern eine eigens gegründete [„Covid-19 Task Force“](#), deren Mitglieder teilweise [Interessenskonflikte im Bereich der Pharmazie aufweisen](#).
- **Video:** [„Gehört der Bundesrat ins Gefängnis?“](#) Der Schweizer Journalist Reto Brennwald interviewte den Unternehmer [Daniel Stricker](#), der Mitte März für einige Wochen aus der Schweiz nach Schweden flüchtete und die Corona-Politik des Schweizer Bundesrates stark kritisiert.
- Eine Schweizer Pflegefachfrau hat einen vielbeachteten [Beitrag zur aktuellen Situation](#) verfasst. Sie erklärt, dass die Schweizer Krankenhäuser weitgehend leer blieben und teilweise Kurzarbeit anmelden mussten. Es sei zudem [sehr ungewöhnlich, Menschen 80+ wegen Grippe oder Lungenentzündung auf die Intensivstation zu verlegen, wo sie dann einsam statt im Kreise ihrer Familie sterben müssen](#). Würde man dies tun, wären die Intensivstationen fast jeden Winter überlastet. Die [Pflegefachfrau kritisiert, dass die meisten Medien die neueren wissenschaftlichen Erkenntnisse zur insgesamt geringen Gefahr durch Covid19 nicht ausreichend thematisiert haben](#).

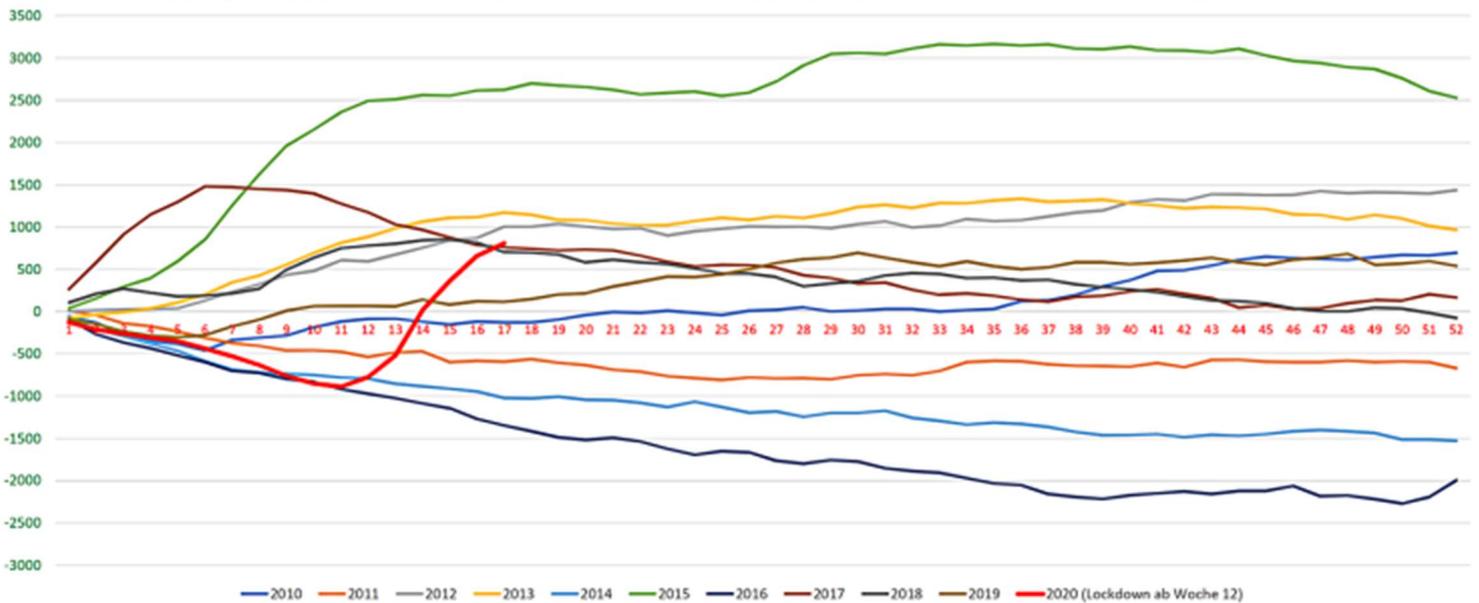
Schweiz wöchentlich kumulierte Todesfälle 2010-2020 (Jahr 2020 Hochrechnung) minus kumulierte statistische Erwartung - 2020 Woche 17

Daten Quelle: www.bfs.admin.ch, 2010-2019 CVS: BFS-Nummer: ts-d-14.03.04.03-wr\_ZR (15.04.2020) & 2020 CVS: BFS-Nummer: ts-d-14.03.04.03-wr (05.05.2020)

X-Achse: Jahreswoche der Jahre 2010-2020

Y-Achse: +/- Abweichung der wöchentlichen Todesfälle vom kumulierten statistischen Erwartungswert

Auswertung: v1.0 Urs Stotz



Kumulierte Todesfälle im Vergleich zum Erwartungswert, 2010 bis 2020 (KW17, BFS/Stotz)

## Deutschland und Österreich

- In Deutschland und Österreich besteht ähnlich wie in Dänemark, Finnland, Griechenland, Ungarn, Irland, Luxemburg, Malta, Norwegen und Portugal bisher **keine Übersterblichkeit**.
- Laut einem geleakten Protokoll der österreichischen Corona-Taskforce soll Kanzler Kurz im März **gefordert haben**, dass die Bevölkerung „mehr Angst“ vor einer Ansteckung oder dem Tod der Eltern oder Großeltern haben müsse. Bereits zuvor wurde ein **Strategiepapier** des deutschen Bundesinnenministeriums bekannt, das ebenfalls eine psychologische Angstkampagne forderte, die von Politik und Medien tatsächlich auch umgesetzt wurde. **Rückblickend stellt sich die Frage, wieviele Menschen an den Folgen dieser weitgehend unbegründeten Angst gestorben sind.**
- Ein **Offener Brief mit bereits rund 5000 Unterschriften** von Menschen über 64 Jahren fordert: „Corona: **Schützen Sie uns Ältere nicht um diesen Preis!** Selbstbestimmt altern und sterben!“ Für den Schutz einer Risikogruppe dürften nicht die Grundrechte der gesamten Gesellschaft außer Kraft gesetzt werden, fordern die Autoren.
- In Österreich (und womöglich auch in anderen Ländern) ist **ein Kuss unter Verliebten, aber nicht zusammenlebenden Menschen weiterhin verboten**. Dies gelte sowohl in der Öffentlichkeit als auch in den eigenen vier Wänden, erklärte der österreichische Gesundheitsminister.
- Eine deutsche Rechtsanwältin klagt derzeit vor mehreren Gerichten gegen die eingeführten Corona-Maßnahmen, da diese **„eklatant verfassungswidrig“** seien.

- **Videos:** In Deutschland kam es zuletzt zu teilweise erheblichen Übergriffen durch die Polizei. Eine junge Frau wurde beim Einkaufen von mehreren Polizisten auf rabiante Weise verhaftet, da sie einer Polizistin offenbar „20cm zu nahe gekommen sei“. Eine andere Frau wurde von der Polizei auf einer Kundgebung angewiesen, das deutsche Grundgesetz nicht vor der Brust zu halten, da dies eine „unerlaubte politische Botschaft“ sei. Auch der Organisator einer friedlichen Kundgebung in Berlin wurde auf eher brachiale Weise verhaftet. Selbst ältere Frauen wurden auf unverhältnismäßige Weise festgenommen. (Vorsicht: Verstörende Bilder von Polizeigewalt).

## Weitere Meldungen

- Die Chefin von **Youtube** erklärte Ende April in einem Interview, dass Videobeiträge zum Coronavirus, die den Vorgaben der WHO oder der nationalen Gesundheitsbehörden widersprechen, entfernt werden. So wurde beispielsweise das kritische Video der beiden kalifornischen Notfallärzte mit über fünf Millionen Ansichten gelöscht. Ebenso wurde das weiter oben verlinkte Interview mit Professor Sucharit Bhakdi von Youtube zeitweise entfernt.
- Im US-Magazin *The Atlantic* verfassten zwei Rechtsprofessoren einen Beitrag mit dem Titel: „Internet Speech Will Never Go Back to Normal“. In the debate over freedom versus control of the global network, China was largely correct, and the U.S. was wrong.“
- Mathias Döpfner, Vorstandsvorsitzender von Axel Springer und einer der einflussreichsten Medienmanager Deutschlands, fordert im Zuge der Corona-Krise eine „Abkopplung von China“ und eine Stärkung des transatlantischen Bündnisses mit den USA.
- Washington Post: „The last time the government sought a ‘warp speed’ vaccine, it was a fiasco“. Die Schweinegrippe-Express-Impfung von 1976 führte zu Lähmungen und Todesfällen.
- Rückblick: Woodstock Occurred in the Middle of a Pandemic. Zum vergleichsweise entspannten Umgang mit der weltweiten Grippepandemie von 1968. (Mehr dazu).

## Covid-19 und die Medien

**Viele Menschen sind erstaunt und irritiert über die unseriöse und oftmals angstverstärkende Berichterstattung vieler Medien.** Es handelt sich dabei offenkundig nicht um eine „gewöhnliche Berichterstattung“, sondern um **klassische und massive Propaganda**, wie sie üblicherweise im Zusammenhang mit Angriffskriegen oder angeblichem Terrorismus zum Einsatz kommt.

SPR hat die Mediennetzwerke, die für die Verbreitung solcher Propaganda zuständig sind, in früheren Infografiken für [die USA](#), für [Deutschland](#) und für [die Schweiz](#) dargestellt. Auch das Internetlexikon Wikipedia ist ein [integraler Bestandteil](#) dieser geopolitisch-medialen Netzwerke.

In einem Mediennavigator für [englische Medien](#) und für [deutsche Medien](#) wurde die politische und geopolitische Ausrichtung verschiedener Medien dargestellt. Diese Medien-Navigatoren können auch bezüglich der Covid19-Berichterstattung eine erste Orientierungshilfe bieten.

Wenn im Fernsehen beispielsweise Bilder von Soldaten in Schutzanzügen zu sehen sind, die ganze Straßenzüge desinfizieren, dann belegt das eben nicht die Gefährlichkeit des Coronavirus, sondern es belegt – wie Professor Giesecke es wohlwollend [formulierte](#) – [nutzlosen „politischen Aktivismus“](#). Oder wie andere es formulieren würden: **Propaganda.**

### **Covid-19 und Massenüberwachung**

Die bei weitem [bedeutendste](#) und aus zivilgesellschaftlicher Sicht gefährlichste Entwicklung in Zusammenhang mit dem Coronavirus ist der politische Versuch, die Massenüberwachung und Kontrolle der Gesellschaft massiv auszubauen. NSA-Whistleblower Edward Snowden warnte in diesem Zusammenhang vor der Entstehung einer [„Architektur der Unterdrückung“](#).

Das grippeähnliche Coronavirus dient dabei als Anlass oder als Vorwand für die Einführung von [strategischen Maßnahmen](#) zur erweiterten Kontrolle einer zunehmend unruhigen Bevölkerung. Zu den wichtigsten derzeit diskutierten Instrumenten in diesem Zusammenhang gehören:

1. Die Einführung von [Applikationen zur gesamtgesellschaftlichen Kontaktverfolgung](#)
2. Der [Aufbau von Einheiten zur Durchsetzung der Verfolgung und Isolierung von Bürgern](#)
3. Die Einführung von [digitalen biometrischen Ausweisen](#), über die die Teilnahme an gesellschaftlichen und beruflichen Aktivitäten kontrolliert und reguliert werden kann.
4. Die erweiterte [Kontrolle von Reiseverkehr und Zahlungsverkehr \(Bargeldabschaffung\)](#).
5. Die Schaffung von gesetzlichen Grundlagen für einen Zugriff und Eingriff in die biologischen Systeme der [Bürger durch Regierungen oder Konzerne \(durch sog. „Pflichtimpfungen“\)](#).

In den USA hat im April der ehemalige US-Präsident Bill Clinton die Einführung eines nationalen Netzwerks von „Kontaktverfolgern“ mit Gouverneuren verschiedener Bundesstaaten [diskutiert](#). Der Gouverneur von New York, Andrew Cuomo, kündigte daraufhin an, zusammen mit dem Milliardär und ehemaligen Bürgermeister

von New York City, Michael Bloomberg, eine „[Kontaktverfolgungs-Armee](#)“ mit bis zu 17,000 Kontaktverfolgern für New York aufzubauen.

In Großbritannien und vielen weiteren Ländern wird derzeit von Regierungen die [Einführung biometrischer „Immunitätsausweise“](#) [gefordert](#) und [als angeblich „einziger Ausweg“](#) aus dem primär politisch motivierten Lockdown dargestellt. Das britische *Tony Blair Institute* forderte zudem den [„Ausbau der technologischen Überwachung“](#), um „das Coronavirus bekämpfen zu können“.

In den USA soll das kalifornische Datenanalyse-Unternehmen [Palantir](#) eine [Schlüsselrolle](#) beim [Aufbau der Datenplattform](#) zur Überwachung der (bereits abklingenden) Ausbreitung des Coronavirus spielen. Palantir ist bekannt für seine [Informatikprojekte mit Geheimdiensten und dem Militär](#) und wurde von US-Milliardär und Trump-Unterstützer Peter Thiel gegründet.

In Israel wird die Kontaktüberwachung der Zivilbevölkerung durch den Inlandsgeheimdienst Shin Bet [durchgeführt](#) auf Basis einer Software der NSO Group, die bekannt ist für ihre weltweit zur Überwachung von Aktivisten und Menschenrechtlern genutzten Spionageprogramme.

Länder wie Russland und China möchten die Überwachung der Bevölkerung im Zuge von „Corona“ ebenfalls [massiv ausbauen](#), werden dies aber vermutlich unabhängig von den USA tun.

Die Idee, dass eine Pandemie für den Ausbau von Überwachung und Kontrolle der Bevölkerung genutzt werden kann, ist nicht neu: Bereits 2010 beschrieb die amerikanische [Rockefeller Foundation](#) in einem [Bericht zu technologischen und gesellschaftlichen Zukunftsentwicklungen](#) ein „Lock Step Szenario“, in dem die heutigen Entwicklungen überraschend präzise antizipiert wurden (ab Seite 18). Das Szenario war damals als eine Art autoritärer „worst case“ gedacht.

[Über 500 Wissenschaftler](#) haben bereits in einem Offenen Brief vor einer [„beispiellosen Überwachung der Gesellschaft“](#) durch Applikationen zur Kontaktverfolgung gewarnt.

Auch das sogenannte *Center for Health Security* der Johns Hopkins Universität, das im Zentrum des Covid19-Pandemie-Managements steht und durch seine irreführenden Darstellungen stark zur weltweiten Eskalation beitrug, ist sehr eng [mit dem US-Sicherheitsapparat verbunden](#) und war bereits in dessen frühere Simulationen und Operationen involviert ([Deutsche Übersetzung](#)).

Generell ist die Kooperation mit privaten Akteuren zur Erreichung geostrategischer Ziele kein neues oder ungewöhnliches Phänomen in der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik.

Microsoft-Gründer Bill Gates, der [wichtigste private Sponsor](#) von WHO, Impfstoffindustrie und biometrischen Projekten, finanzierte z.B. bereits 2003 ein [Global Health Program](#) des *US Council on Foreign Relations*, bei

dem es um die Frage geht, wie Gesundheitspolitik die Geopolitik beeinflusst und umgekehrt für die Erreichung geostrategischer Ziele genutzt werden kann.

---

Quelle: [https://www.achgut.com/artikel/dossier\\_das\\_corona\\_papier\\_komplett\\_zum\\_download](https://www.achgut.com/artikel/dossier_das_corona_papier_komplett_zum_download)

Die Achse des Guten / 12.05.2020 / 11:31 / Foto: Pixabay/ 11 /

## Dossier: Das Corona-Papier komplett zum Download

Achgut.com hatte das Corona-Papier zunächst nicht veröffentlicht, um seinen Verfasser zu schützen. Wir fanden es außerdem angemessen und fair, erst einmal abzuwarten, bis die eigentlichen Adressaten in den Bundes- und Länderministerien Gelegenheit hatten, es zu lesen. Dies ist inzwischen der Fall.

Das gesamte Papier besteht aus dem eigentlichen Bericht, einem umfangreichen Anhang und dem dazugehörigen Emailverkehr. Wir veröffentlichen hier das Herzstück, den 83-seitigen Bericht in vollem Wortlaut. Namen von Empfängern und dergleichen, persönliche Angaben haben wir entfernt, weil sie nichts zur Sache tun. Statt über die Person des Verfassers und die Art seines Vorgehens zu debattieren, sollte der Inhalt des Papiers im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen. Genau dies versucht die Kommunikations-Strategie des Bundes-Innenministeriums derzeit zu unterlaufen.

Dieses Dossier ist auch eine Hilfe für Journalisten, Wissenschaftler und Juristen, die an der Aufarbeitung der Corona-Politik beteiligt sind.

Sie können das Dokument [hier herunterladen](#).

Der Vollständigkeit halber folgen hier zusätzlich die Beiträge, die Achgut.com zu diesem Thema in den vergangenen Tagen publiziert hat – in zeitlich aufsteigender Reihenfolge.

09.05.2020 Dr. Gunter Frank: [Das Corona-Papier: Wie das Innenministerium das Risiko heraufbeschwor](#)

10.05.2020 Dr. Rainer Grell: [Das Corona-Papier: Hauptziel Schadensbegrenzung](#)

11.05.2020 Dirk Maxeiner: [Horsts Antwort: Nicht zuhören, abwatschen, diffamieren](#)

11.05.2020 Dirk Maxeiner: [Das Corona-Papier: So war es wirklich, Herr Seehofer](#)

11.05.2020 Die Achse des Guten: [Das Corona-Papier: Wissenschaftler korrigieren Seehofer](#)

---

Quelle: [https://www.achgut.com/artikel/das\\_corona\\_papier\\_seehofer\\_im\\_bunker](https://www.achgut.com/artikel/das_corona_papier_seehofer_im_bunker)

## Das Corona-Papier: Seehofer im Bunker

Nachdem das Corona-Papier von Achgut.com jedermann zugänglich gemacht worden ist und [hier herunter geladen werden kann](#), hat die Öffentlichkeit die Möglichkeit sich selbst ein Bild über die **Stichhaltigkeit der dort vorgetragenen Kritik** zu machen. Es geht im Wesentlichen darum, dass die **völlig überzogene Corona-Panik** und die daraus resultierenden politischen Maßnahmen in Deutschland **viel mehr Todesopfer fordern könnten**, als die eigentliche Krankheit. Von großer Sprengkraft ist auch die Feststellung, **dass von politischer Seite offenbar keine ausreichende Folgenabschätzung gemacht wurde**. Das könnte ein **erhebliches juristisches Nachspiel** haben, etwa bei Schadensersatzprozessen.

Bereits am vergangenen Sonntag, ein für ein Ministerium ungewöhnlicher Arbeitstag, wurde in einer [schnell zusammen geschusterten Pressemitteilung](#) versucht, **den drohenden Flächenbrand zu ersticken und als „Privatmeinung“ des Verfassers darzustellen**, der diese unerlaubterweise mit dem Briefbogen des Ministeriums verschickt habe. **Dies entspricht nicht der Wahrheit. Mitarbeiter des Ministeriums und Vorgesetzte waren in die Entstehung des Papiers einbezogen** und äußerten sich teilweise sogar lobend, wie Achgut.com [hier nachgewiesen hat](#). Der Referatsleiter KM4, der das Dokument seines Referenten lobte, wurde vor wenigen Wochen sehr abrupt von seinem Posten versetzt, was sehr mysteriös ist, weil sein Nachfolger in wenigen Monaten in Pension geht. Reguläre Postenwechsel sehen anders aus.

In Hintergrundgesprächen wurde in den letzten Tagen gleichzeitig versucht, den Verfasser des Papiers zu pathologisieren, ihn gar als Querulanten und Spinner darzustellen. Oberregierungsrat [Stephan Kohn](#), sein Name wird inzwischen in den Medien offen kommuniziert, leitete aktuell das Projekt „Erneuerung der nationalen KRITIS-Strategie“ (Kritische Infrastrukturen) im BMI.

Anstatt sich **endlich mit dem Papier inhaltlich auseinanderzusetzen**, wie man es von einem verantwortungsbewussten Innenminister erwarten kann, wurde der Überbringer der schlechten Nachricht sogleich geköpft, sprich: Es erging Anfang der Woche **„ein Verbot zur Führung der Dienstgeschäfte“**. Dies ist besonders bemerkenswert, weil Innenminister Seehofer bei seinem Dienstantritt im Innenministerium ausdrücklich die offene Kritik der Mitarbeiter annahmte. Stephan Kohn [schrieb ihm dazu](#) :

*Die Begrüßungsrede, die sie im März 2018 vor uns Beschäftigten im BMI hielten, hatte auf mich einen tiefen Eindruck gemacht. Sie sprachen über Ihre Ziele und Erwartungen. Unter anderem baten Sie die Beschäftigten **ausdrücklich um ihre eigene Meinung, auch wenn sie abweichend sei**. Das sei gewollt und **nur das führe Ihrer Erfahrung nach zu guten Entscheidungen**. Sie baten nicht nur um eigene Meinung, sondern sogar **um Widerspruch**, falls eine eigene fundierte Meinung dies gebiete.*

## Hilfe, Professoren mit Zivilcourage!

Kohns Meinung war schon alleine deshalb fundiert, weil ihn gleich **zehn hochkarätige deutsche Professoren und Wissenschaftler bei der Erstellung der Analyse beratend unterstützten**. Womit man im Innenministerium offenbar nicht gerechnet hatte: **mit Zivilcourage**. Die beteiligten Wissenschaftler ergriffen in einer Stellungnahme, [die Achgut.com schon am Montag vorab veröffentlichte](#), Partei für Stephan Kohn und mahnten an: „Unserer Auffassung nach müssten die adressierten Fachbeamten aufgrund dieses Papiers eine sofortige Neubewertung der Schutzmaßnahmen einleiten, für die wir ebenfalls unseren Rat anbieten“.

Beim Bundesinnenministerium will man seine **Selbstlob-Blase** aber offensichtlich **nicht verlassen**, es **könnte ja herauskommen, dass man eine weitgehend verfehlte Corona-Politik betrieben** hat und die Frage nach den Verantwortlichen aufkommt. Man wies, **so berichtet heute die BILD-Zeitung**, Innenbehörden der Länder an, das Papier „als gegenstandslos zu betrachten und zu vernichten“. Die **Bild-Zeitung widmet sich dem Skandal mit einer ausführlichen Titelgeschichte**. Darin werden die beteiligten Wissenschaftler, darunter Professor Peter Schirmacher von der **Leopoldina** (Die Nationale Akademie der Wissenschaften, die u.a. Kanzlerin Merkel berät) ausführlich zu Wort.

Die mediale Reaktion auf die Causa nimmt indes eine **für die Politik und ihre Glaubwürdigkeit kritische Entwicklung**. Während anfangs noch zahlreiche Medien, die Öffentlich-rechtlichen eingeschlossen, relativ kritiklos das Märchen von der Privatmeinung eines subalternen Querulanten nachsangen, zeigte sich schnell, dass sich daran nicht alle beteiligten. „**Spiegel**“ und „**Zeit**“ fielen mit **auffallend abwägenden Analysen** auf, so wie sich das journalistisch gehört. Der übliche mediale Herdentrieb kam nicht so recht in Gang.

## Erschreckende Bunkermentalität

Die heutige Berichterstattung in der Bild-Zeitung hebt den Vorfall nun auf eine neue Ebene. Es geht mittlerweile nicht nur um das Papier selbst, sondern darum **wie in deutschen Regierungsapparaten mit Kritik umgegangen wird**. Hier zeigt sich eine geradezu erschreckende Bunkermentalität.

Wenn Entscheidungsträger einander in Mentalität und Weltanschauung zu ähnlich sind, werden sie leicht Opfer des Gruppendenkens, weil Informationen, die konventionelle Weisheit in Frage stellen könnten, von vorne herein ausgeschlossen oder als offenkundig falsch abgetan werden. In solchen Gruppen verfestigt sich eine **abgeschottete Bunkermentalität, die häufig zu vollkommen falschen Einschätzungen der tatsächlichen Lage führt**.

**Je abhängiger Menschen von anderen oder deren Informationen sind, desto höher ist das Risiko, dass sie gemeinsam Fehler begehen**. Gescheite Gruppen bestehen aus Menschen mit unterschiedlichen Perspektiven, die unabhängig voneinander sind. Ohne Erkenntnisvielfalt geht es schief.

Oberregierungsrat Stephan Kohn hat das – ganz unbeabsichtigt – unter Beweis gestellt. Und dies ist die eigentlich gefährliche Botschaft für Horst Seehofer und die deutsche Politik überhaupt.

---

Quelle: [https://www.achgut.com/artikel/das\\_corona\\_papier/wie\\_das\\_innenministerium\\_das\\_risiko\\_heraufbeschwor](https://www.achgut.com/artikel/das_corona_papier/wie_das_innenministerium_das_risiko_heraufbeschwor)

# Das Corona-Papier: Wie das Innenministerium das Risiko heraufbeschwor

Liebe Leser und Leserinnen, was ich Ihnen heute schreibe, müsste, wenn wir noch einigermaßen funktionierende Institutionen, Behörden, Gerichte und Medien haben, **den Lockdown zu einem unverzüglichen Ende bringen**. Denn nun folgt eine Geschichte, in der man sich an Watergate und Whistleblowing erinnert fühlt, nur jetzt, heute und mittendrin. Da ich Arzt bin, und mich vor allem Menschen interessieren, werde ich sie Ihnen auch genau aus dieser Perspektive erzählen.

Sie kennen vielleicht meine Corona-Beiträge. Die sachliche und fundierte Herangehensweise bekommt sehr viel Zustimmung. Das führte dazu, dass mich vor zehn Tagen ein Mitarbeiter des Bundesministeriums des Innern darum bat, ihn bei der Erstellung einer medizinischen Schadensanalyse des Lockdown zu unterstützen. Aus meiner 20-jährigen Erfahrung mit den Themen Ernährung und Übergewicht weiß ich, wie wenig sich Behörden und Institutionen – von Medien will ich erst gar nicht sprechen – mit der tatsächlichen Erkenntislage beschäftigen. Daher wunderte ich mich nicht über die Antwort auf folgende Frage: Ist die Analyse des Schadens der eingeleiteten Corona-Schutzmaßnahmen nicht längst vom Ministerium erstellt worden? Die unglaubliche Antwort: **Leider nein**. Der Mitarbeiter des Bundesministeriums hätte dazu Vorstöße gemacht, aber sei jeweils auf taube Ohren gestoßen und es sei sogar mit Konsequenzen gedroht worden, sollte er nicht dazu schweigen. Insofern war dieser Anruf sehr mutig und der Mitarbeiter wusste, dass dieser Weg für ihn nicht leicht werden würde.

Daraufhin vermittelte ich ihm schnell die Adressen meines fachlichen Netzwerkes, die Kollegen haben sich neben ihren fordernden Berufen (universitäre Institutsleiter bis hin zu Klinikleitern) sofort an die Arbeit gemacht und es dem Mitarbeiter so ermöglicht, innerhalb einer Woche eine belastbare, fachlich hochkompetente Einschätzung der medizinischen Folgeschäden des Lockdown zu erstellen.

Das Ergebnis überrascht keinen Experten: Der Schaden wird, rein medizinisch betrachtet, viel höher sein, als ihn Corona je hätte verursachen können. Damit zusammen hängen natürlich auch die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Schäden. Alles bedingt sich gegenseitig, aber in diesem Papier ging es vor allem um die medizinische Seite, wie beispielsweise die 2,5 Millionen in den Corona-Monaten nicht durchgeführten Operationen, Weiterbehandlungen, Früherkennungen oder Pflegeeinschränkungen.

Gestern schloss er das Papier ab. Neben der medizinischen Schadenseinschätzung des Lockdown steht darin auch, dass es niemals zu diesen Maßnahmen hätte kommen dürfen. Denn in Bezug zu den Dimensionen eines nationalen Katastrophenschutzes hatte die Corona-Infektion zu keinem Zeitpunkt das Potenzial, eine nationale Katastrophe mit einer bedeutenden Bedrohung für die Allgemeinheit auszulösen. Das zeigen alle Zahlen, selbst die des RKI. Dieses Papier versandte er am Nachmittag des 8. Mai 2020 in den behördlichen Dienstweg, unter anderem auch an jedes Innenministerium der Länder. Er beschreibt darin auch detailliert, wie es zu der Corona-Fehleinschätzung kam und wo der systemische Fehler in den Entscheidungsprozessen liegt.

Es ist so, wie ich es mir dachte: Die wichtigen Daten werden negiert und deren fachlich korrekte Interpretation gelangt nicht mehr in die Abteilungen der Ministerien und damit nicht mehr in die ministerialen Arbeitsvorlagen. Und die Öffentlichkeit, allen voran die Leitmedien, applaudiert dazu auch noch, anstatt auf diese grundlegenden Versäumnisse hinzuweisen. Diejenigen, die dies dennoch tun, stellvertretend seien Professor Sucharit Bhakdi und Professor Stefan Hockertz genannt, sind gezwungen, auf Internetmedien auszuweichen, was wiederum dazu benutzt wird, sie als Außenseiter zu diffamieren. Dieser Mechanismus schaukelt sich zu einer großen Verwundbarkeit unserer Gesellschaft hoch, die es nicht mehr ermöglicht, bei Krisen kompetenzgesteuert und angemessen reagieren zu können. Wie es in diesem Papier steht, **existiert kein funktionierender Alarmknopf mehr**, der die Politik effektiv warnt, wenn sie Gefahr läuft, sich auf einem Irrweg kolossal zu verrennen.

## Das Ministerium reagierte prompt

Dieses in die Ministerialbürokratie gestartete Papier führte nach nur zwei Stunden zu einer Antwort aus dem Ministerium an alle beteiligten Wissenschaftler. Hier die Email im Wortlaut:

Sehr geehrte Damen und Herren,  
ich möchte Sie darauf hinweisen, dass es sich vorliegend um ein von einem einzelnen Mitarbeiter verfasstes Papier handelt. Der Mitarbeiter war weder am Krisenstab beteiligt, noch beauftragt oder autorisiert eine solche Analyse zu erstellen oder zu veröffentlichen. Sie gibt seine private Auffassung wieder, nicht die des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

H.

Gemeinsamer Krisenstab des BMI/BMG

Stabsbereich 4

### **Hier einige Antworten auf dieses Schreiben von den beteiligten Fachleuten:**

Sehr geehrte Frau H.,

danke für die Information. Da es sich um eine sehr dringliche Angelegenheit handelt, Herr XY im Interesse Ihres Hauses und der Republik handelt, und es sich bei uns zwar nicht um vom Krisenstab eingeladene, aber dennoch ausgewiesene Fachleute handelt, so wäre es glaube ich nicht nur klug, sondern auch politisch und sachlich vernünftig, in außergewöhnlichen Zeiten auch außergewöhnliche Wege zuzulassen. Ihre Position nehme ich zur Kenntnis. Verständnis dafür habe ich allerdings nicht.

Beste Grüße

Harald Wallach

Prof. Dr.Dr.phil. Harald Walach

Dozent und Gastprofessor

Dept. Psychologie

Universität Witten-Herdecke

Verehrte Frau H.,

realisieren Sie bitte, dass viele sehr kundige Wissenschaftler auf Sie und Ihr Ministerium schauen, und dass alle Reaktionen sorgfältig dokumentiert werden. Die Wahrheit wird mit Sicherheit in nicht allzu ferner Zukunft ans Tageslicht kommen. Und dann werden die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen.

Wenn Sie die Wahrheit nicht erkannt haben, mögen Sie sich aus ureigenem Interesse mit dem Thema ernsthaft beschäftigen. Wir sind bestimmt keine Verschwörer, sondern wollen dazu beitragen, dass in unserem Land Unrecht beendet wird, das unendlich vielen Menschen unendlich viel Leid angetan hat.

Ihr

Sucharit Bhakdi

Sehr geehrte Frau H.!

Haben Sie Dank für Ihren Hinweis.

Ich sehe, dass Sie Herrn XY in der Sache nicht widersprechen. Zudem höre ich, dass Herr Minister Seehofer Eigeninitiative seiner Beamten ausdrücklich ermutigt. Ich hoffe deshalb, dass Herrn XY die Anhörung nicht verweigert wird.

Ganz herzlich,

Gunnar Heinsohn

*Sehr geehrte Frau H.,  
vielen Dank für Ihren Hinweis.*

*Auch wenn es sich um ein von einem einzelnen Mitarbeiter des BMI verfasstes Papier handelt, dieser Mitarbeiter weder am Krisenstab beteiligt war, noch beauftragt oder autorisiert war, eine solche Analyse zu erstellen oder zu veröffentlichen, so wäre es doch angeraten, sich inhaltlich mit diesen Unterlagen zu beschäftigen.*

*Formal mag es ein ungewöhnlicher Schritt dieses Mitarbeiters gewesen sein, aber sehr geehrte Frau H., wir leben zur Zeit auch in äußerst ungewöhnlichen Zeiten. Und diese historischen Zeiten berechtigen eben auch zu Eigeninitiative, die wir als Bürger von unseren Ministerien erwarten dürfen. Somit erwarte ich von Ihnen nach dieser formalen Feststellung, die ich zur Kenntnis genommen habe, nun eine inhaltliche Auseinandersetzung – gern mit uns als Sachverständige.*

*Mit freundlichen Grüßen  
Stefan Hockertz*

*Sehr geehrte Frau H.,  
angesichts der dramatischen Lage, die jetzt schon in vielen Bereiche der Patientenversorgung bestehen und die sich an jedem Tag des Lockdowns verschlimmern, bitte ich darum, nicht auf Formalien zu bestehen, sondern sich inhaltlich mit den Problemen zu befassen. Als Bürger zähle ich darauf, dass die genannten großen gesundheitlichen Probleme, die durch den Lockdown entstehen, vom Bundesinnenministerium angemessen ins Verhältnis zu den Gefahren der Coronainfektion gesetzt werden. Darf ich Sie fragen, ob dies bisher ausreichend geschehen ist und wo dies einsehbar ist?*

*Mit freundlichen Grüßen  
Gunter Frank*

Soweit die Schreiben von beteiligten Wissenschaftlern an die Vertreterin des Krisenstabs. Der Mitarbeiter des Innenministeriums wurde daraufhin freigestellt und ein Gespräch für nächste Woche mit seinem Vorgesetzten terminiert.

Die Mail mit dem kompletten Bewertungspapier liegt nun über das Wochenende in den Email-Eingängen aller Innenministerien der Bundesländer. Wahrscheinlich hat sie dort noch keiner gelesen. Formal müssen die Mitarbeiter, die diesen Bericht aus dem Bundesministerium lesen, diesen aufgrund seines alarmierenden Inhaltes sofort an die vorgesetzten Stellen und Verantwortlichen weiterleiten. Dort müsste das geschilderte Problem zu unmittelbaren Reaktionen führen, wenn die Beteiligten ihrer Verantwortung gerecht werden wollen. Wir werden sehen.

## Wie mit so brisantem Wissen umgehen?

Nun stand die Frage im Raum, wie man mit so einem brisanten Wissen umgeht. Ich habe deshalb Kontakte hergestellt, um den Mitarbeiter mit weiteren herausragenden Netzwerken zu unterstützen. Es sollte auch eine kluge Strategie gefunden werden, mit der dieser hochwichtige Vorgang so kommuniziert werden kann, dass er von den großen Leitmedien aufgegriffen wird, nachdem die Länderministerien die Gelegenheit hatten, die brisante Analyse zu bewerten. Achgut.com bietet diese vertraulichen Netzwerke, da Achgut.com das Große Ganze im Blick hat und nicht vorschnell berichten will. Auszüge des Papiers fanden inzwischen jedoch auf anderem Weg in die Medien.

Ob es richtig ist zu berichten, bevor die Länderministerien die Chance hatten, auf diese rund 200 Seiten umfassende Expertise zu reagieren, kann ich nicht beurteilen. **Aber wie auch immer, die Katze ist nun aus dem Sack.** Deshalb reagiere ich hier in Abstimmung mit Achgut.com. Der Redaktion liegt das gesamte Papier vor, und es wird derzeit geprüft, inwieweit daraus zitiert werden darf. Weitere Beiträge werden folgen.

## **Kopflös in die größte Krise seit dem Zweiten Weltkrieg**

Soweit es für mich möglich ist einzuschätzen, halte ich das Anliegen des Mitarbeiters des Innenministeriums **für gerechtfertigt und glaubhaft.** Professor Gunnar Heinsohn kennt ihn schon seit Jahren. Dieser Mann handelt im **Vollbesitz seiner Kräfte** und in einem **hohen Verantwortungsgefühl** seiner Arbeit und Aufgabe gegenüber. Genau weil er dies tut, **ist er mutig und braucht nun die Unterstützung der Öffentlichkeit.** Falls versucht wird, ihn als Außenseiter und psychotisch agierenden Menschen abzustempeln, um die Brisanz seines Papiers zu entkräften, sollte die Öffentlichkeit einschreiten.

**Dieser Mann beweist, dass unser Regierungsapparat das Land kopflös in die größte Krise seit dem Zweiten Weltkrieg gestürzt hat.** Das muss dringend aufgearbeitet werden. Wir müssen uns wieder in Erinnerung rufen, dass fachlich kompetente Kritik gegenüber Regierungspolitik eine elementar wichtige Rolle für das Funktionieren unseres demokratischen Rechtsstaats besitzt. Werden ehrenwerte und renommierte Kritiker mit überheblicher Geste aus der öffentlichen Debatte ausgegrenzt, und stellt man sie an den öffentlichen Pranger, um sie etwa als „Corona-Leugner“ zu diffamieren, dann schwächt man die Fähigkeit unserer Gesellschaft, für große Herausforderungen adäquate Lösungen zu finden.

Genau dies ist uns nun bei Corona auf die Füße gefallen, und wir müssen den Preis an Gut und Leben dafür bezahlen. Deshalb muss die erste Lehre aus dem Corona-Desaster sein, dies zu ändern. Politik und Medien müssen endlich wieder echte Debatten zulassen. Denn wir haben die Experten und das Fachwissen, um auch große Krisen zu meistern. Wir müssen dieses Potenzial nur endlich wieder nutzen. Denn so, wie die öffentliche Debatte zurzeit organisiert wird, kann sich unser demokratischer Rechtsstaat weitere „Corona-Krisen“ nicht mehr leisten. Fortsetzung folgt.

Gunter Frank

---

Quelle: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-05/corona-pandemie-bekaempfung-massnahmen-innenministerium-verschwörungstheorien-regierungsrat>

### **Pandemiebekämpfung: Warum ein Beamter in der Corona-Krise den Aufstand wagt**

Ein Regierungsrat im Innenministerium hält Corona für einen Fehllarm und die Pandemiebekämpfung für fatal. Seine Thesen verschickt er deutschlandweit. Das hat Folgen.

Von **Evelyn Finger** und **Holger Stark**



Schattenspiele am Gebäude des Bundesinnenministeriums © Florian Gärtner/imago images

## Warum ein Beamter in der Corona-Krise den Aufstand wagt –

Am Freitagnachmittag vergangener Woche, als die Hauptstadt den Tag der Befreiung vom Faschismus begeht und die allermeisten Beamten den Feiertag genießen, geschieht im Inneren des Regierungsapparates etwas Ungewöhnliches. Der Oberregierungsrat Stephan K. des Bundesinnenministeriums verschickt eine Mail an seinen Abteilungsleiter, an den Corona-Krisenstab, an das Kanzleramt und dann, um 15:34 Uhr, eine Kopie an alle Landesregierungen, deutschlandweit. Die Mail trägt einen Betreff, der es in sich hat: "Ergebnisse der internen Evaluation des Corona Krisenmanagements". Ein 83-seitiges Positionspapier hängt anbei.

Stephan K. arbeitet in der Abteilung Krisenmanagement und Bevölkerungsschutz des Innenministeriums, Referat KM4, er ist Referent, zuständig für "Kritische Infrastrukturen", also die Teile des Landes, die besonders schützenswert sind. Seine drei wichtigsten Thesen hat der Politologe in rot markiert und gefettet: "Interne Analyse KM4 ergibt: gravierende Fehlleistungen des Krisenmanagements. Defizite im Regelungsrahmen. Coronakrise erweist sich wohl als Fehlalarm."

Knapp zwei Monate ist es jetzt her, seit die Kanzlerin strenge Ausgangsbeschränkungen verhängt hat und knapp eine Woche, seit viele davon wieder zurückgenommen wurden. Das Land diskutiert darüber, wie Deutschland durch die Krise kommt und ob die Lockerungen zu langsam oder zu schnell kommen. Aber die Corona-Krise – ein "Fehlalarm"? Und "gravierende Fehlleistungen des Krisenmanagements"? Was ist da los im Innenministerium – und worum genau dreht sich der Streit?

Stephan K., das stellt das Ministerium noch am Wochenende klar, habe nicht in offiziellem Auftrag gehandelt, sondern auf eigene Rechnung. Er vertritt eine Sichtweise, die gärt, seit die Bundesregierung auf die Corona-Pandemie mit harten, wenngleich im internationalen Vergleich noch moderaten Regeln reagiert hat. Er erhebt schwere Vorwürfe, manche wirken fundiert, andere könnte man auch auf den Wochenenddemos hören, die von Verschwörungstheoretikern als Bühne genutzt werden. Für das unautorisierte Verschicken des nicht abgestimmten Berichts hat ihn das Ministerium mittlerweile suspendiert.

Der Vorwurf des Regierungsrats könnte härter kaum sein: Die Bundesregierung habe zwar weitreichende Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus beschlossen, ohne jedoch die Gefahren gegenzurechnen, die von diesen Maßnahmen selbst ausgehen. Sie habe zwar eine akute Ansteckungsgefahr bekämpft, ohne aber die Nebenwirkungen der Krisenbekämpfung hinreichend zu prüfen. Die Frage nach den Gefahren, die nicht nur vom Virus selbst, sondern auch von Schutzmaßnahmen ausgehen, zielt ins Herz der laufenden Debatte.

## **K. hält die Pandemie für vergleichbar mit einer normalen Grippewelle**

Schutzmaßnahmen seien grundsätzlich eine eigene Gefährdungsquelle, argumentiert Stephan K. Eine Pandemie könne daher zu einer "Multi-Gefahrenlage" führen. "Schutzmaßnahmen können nicht beliebig präventiv eingesetzt werden, weil auch sie das Potential in sich tragen, außergewöhnliche Schäden zu erzeugen", so der Beamte. "Es gibt in einer Pandemie also immer mindestens zwei Gefahren, die das Krisenmanagement im Blick haben muss: gesundheitliche Schäden durch einen Krankheitserreger und Kollateralschäden durch Nebenwirkungen der Schutzmaßnahmen oder (als Spezialfall) einen Fehlalarm."

K. hält die Pandemie für vergleichbar mit einer normalen Grippewelle – und die Reaktion des Gesundheitswesens für fatal: "2,5 Mio Menschen wurden in Folge der Regierungsmaßnahmen nicht versorgt", behauptet er, alleine durch abgesagte Operationen und nicht erfolgte Behandlungen seien einige Zehntausend Patienten gestorben, womöglich "bis zu 125.000 Patienten". Er räumt aber ein: "Die voraussichtliche Sterberate lässt sich nicht seriös einzuschätzen."

Konkret kritisiert der Referent, dass das bisherige Wissen über Kollateralschäden ignoriert worden sei. "Eine zentrale Erkenntnis aus allen bisherigen Studien, Übungen und Risikoanalysen ist, dass bei der Bekämpfung einer Pandemie stets Kollateralschäden entstehen" und diese "bedeutend größer sein können, als der durch den Krankheitserreger bewirkte Schaden." Im Moment würden die gesundheitlichen Aspekte die Krisenstabsarbeit so stark dominieren, dass andere, ebenfalls wichtige Aspekte übersehen und vernachlässigt werden können. Für sein eigenes Arbeitsgebiet, den Schutz kritischer Infrastrukturen, habe das schwerwiegende Folgen. K. sorgt sich um die Stromversorgung, das Trinkwasser, das Internet. Von deren Funktionieren hänge das Überleben ab.

## **Politische Generalabrechnung**

Seit langem sei bekannt, dass bei Großschadenslagen wie einer Pandemie systemische Zusammenhänge zu beachten sind. Entscheidend sei, dass verschiedene Gefahren miteinander zusammenhängen. "Das Krisenmanagement 2020 hat diese Wechselwirkungen nicht systematisch miterfasst und in ihrer Wirkung nicht gegengerechnet."

In seinem Furor geht der Regierungsrat allerdings weit über eine Kritik an einer fehlenden Abwägung der Risiken hinaus. "Dieser Staat hat in der Coronakrise in geradezu grotesker Weise versagt", behauptet er. Es könne "befürchtet werden, dass durch die bereits bis heute aufgelaufenen Regierungsmaßnahmen in der Coronakrise potentielle Lebenszeit im Umfang von bis zu mehreren Millionen Lebensjahren der Bevölkerung Deutschlands vernichtet wurde" – weil Menschen etwa depressiv und gewalttätig würden und die allgemeine Gesundheit schlechter werde.

Und dann hebt er zu einer politischen Generalabrechnung an: "Die Verhältnismäßigkeit von Eingriffen in Rechte von z.B. Bürgern ist derzeit nicht gegeben", glaubt er. Es könne "die Befürchtung aufkommen, dass das bestimmende Schutzziel des nationalen Krisenmanagements nicht mehr die Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung ist, sondern die Glaubwürdigkeit und Akzeptanz von Regierungsparteien und Regierungsmitgliedern". Und: "Die Defizite und Fehlleistungen im Krisenmanagement haben in der Konsequenz zu einer Vermittlung von nicht stichhaltigen Informationen geführt und damit eine Desinformation der Bevölkerung ausgelöst." Folgt man K., dann schützt der Krisenstab nicht vornehmlich die Bevölkerung vor Infektionen, sondern die Regierung vor Kritik – und führt die Menschen in die Irre. Das ist harter Tobak.

Stephan K.s Referat im Innenministerium ist nicht in die Bekämpfung der Corona-Krise eingebunden, K. selbst nicht Teil des Krisenstabs. Seit März hat er an seinen Thesen gearbeitet, zehn externe Ärzte und Professoren angeschrieben und um Rat gebeten, viel im Internet nachgelesen. In seinem Positionspapier bezieht sich der Oberregierungsrat auf existierende Pandemiepläne der Regierung, die eine Gefahrenabwägung vorschreiben, seriöse Wissenschaftler und zitiert den früheren Innenminister Thomas de Maizière. Er fügt aber auch fragwürdige Quellen an, etwa eine Materialsammlung des dubiosen Internetportals "Swiss Propaganda Research", das von anonymen Machern betrieben wird und selber im Verdacht steht, Propaganda zu betreiben.

## Als er überall auf taube Ohren stieß, wandte er sich an Horst Seehofer

Als er im März eine erste Version seines Positionspapiers vorlegte, teilte ihm sein damaliger Referatsleiter mit, er sehe "den dienstlichen Bezug nicht". Als er auch bei seinem Abteilungsleiter auch taube Ohren stieß, remonstrierte er offiziell, legte also Protest ein. Schließlich wandte er sich in einem persönlichen Schreiben an Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU). Doch Seehofers Büroleiter verweigerte die Vorlage des Positionspapiers. Ein für vergangene Woche anberaumtes Gespräch mit dem Büroleiter des Ministers sagte K. aus persönlichen Gründen ab, auf einen neuen Termin, der in dieser Woche stattfinden sollte, wollte er nicht mehr warten.

Als Beweggrund, warum er "diese Informationen ohne vorherige Konsultation anderer zuständiger Stellen direkt versendet", führt er eine Art Notstand an: "Es ist Gefahr im Verzug! Durch vermeintliche Schutzmaßnahmen entstehen im Moment jeden Tag weitere schwere Schäden, materielle und gesundheitliche bis hin zu einer großen Zahl von vermeidbaren Todesfällen."

Für diesen Montag ist ein Personalgespräch im Innenministerium angesetzt. "Jeder hat das Recht, seine Meinung frei zu äußern", heißt es in einer Stellungnahme von Seehofers Leuten. Es sei allerdings "nicht akzeptabel und mit den allgemeinen Pflichten im öffentlichen Dienst nicht vereinbar, wenn private Meinungsäußerungen und Gedankensammlungen unter Verwendung behördlicher Symbole" veröffentlicht würden.

Stephan K. sagt auf Nachfrage der ZEIT: "Ich kann Ihnen dazu keine Auskunft geben. Ich bin Beamter und will mich ordnungsgemäß verhalten."

---

Quelle: <https://www.addendum.org/debatte-corona/beitrag-clemens-paul-murschetz/>

### **Corona-Medienförderung: Millionen-Hilfe für die eigene Klientel?**

11. Mai 2020 [Debatte: Die Corona-Krisen](#)

Eine kritische Stellungnahme zum aktuellen Medien-Rettungspaket.

#### **Addendum-Debatte**

Mit der Addendum-Debatte haben wir eine Plattform errichtet, die zu unseren Rechercheprojekten oder anderen Themenfeldern Sichtweisen und Analysen von außerhalb der Redaktion liefert. Wenn Sie dazu beitragen wollen, schreiben Sie an [debatte@addendum.org](mailto:debatte@addendum.org)!

Die COVID-19-Pandemie ist nicht nur ein Test für medizinische, politische und soziale Systeme auf der ganzen Welt, sondern auch für öffentliche Kommunikation und insbesondere für den digitalen Journalismus.

Klar ist: Medien leisten mit ihrer Berichterstattung zu COVID-19 bzw. den damit verbundenen staatlichen und behördlichen Maßnahmen einen entscheidenden Beitrag im Dienst der Allgemeinheit.

Medien übernehmen in der Krise eine Rolle, die ihnen sonst fremd ist: Sie werden zu Lautsprechern der Regierungen und Experten. Das macht den öffentlichen Rundfunk „systemrelevant“. ARD und ZDF in

Deutschland, der ORF in Österreich und die SRG in der Schweiz sind ein Stück weit zum verlängerten Arm der Behörden geworden.

Auch Private liefern kontinuierliche Berichterstattung über Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in der Corona-Krise, damit die Bürger über jene Informationen verfügen, welche sie für die politische Meinungs- und Willensbildung benötigen, ein Forum für politische und gesellschaftliche Debatten bieten, Kritik leisten und Kontrolle über die Regierenden ausüben, Vermittlungsfunktion zwischen Bürgerinnen und Bürgern auf der einen Seite und Regierung, Parlament und Verwaltung auf der anderen Seite übernehmen etc. Diese Leistungen können nur publizistische Medien mit gut ausgestatteten Redaktionen erbringen.

Die „Corona-Sondermedienförderung“ ist in erster Linie Wirtschaftshilfe, eine Einmalhilfe zur **„Abfederung der wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19 Krisensituation auf die Einnahmensituation im Bereich der Printmedien“**. Sie wurde mit dem sogenannten **4. COVID-19-Gesetz (BGBl. I Nr. 24/2020) als außerordentliche Fördermaßnahme für Medieninhaber von Zeitungen, Magazinen und privatem Rundfunk geschaffen**.

Aber ist sie auch ein effektives Instrument, um die wohlsinnend gemeinten Eingriffsprinzipien der Bereicherung des medialen Diskurses in der Krise zu erfüllen? Zeigt das Sondergesetz nicht einmal mehr zentrale Schwachstellen der österreichischen Medienförderung insgesamt auf? Werden bewusst nur reichweitenstarke Boulevardmedien finanziell unterstützt und würden Qualitätsmedien wie *Standard*, *Presse* und *Profil* dadurch systematisch benachteiligt? Oder ist es diesmal gar noch schlimmer? Werden regierungsfreundliche Medien in der Förderung begünstigt? Ist staatliche Politik für den gesellschaftlichen Kommunikationssektor daher nicht vielmehr in einer fundamentalen Sinnkrise, von der eine Kombination aus Klientelpolitik und medienethischer Verantwortungslosigkeit zeugt?

## Was ist passiert?

Dass medienpolitische Vorstöße zur sehnlichst erwarteten Reform der Medienförderung für Qualitätsmedien in Österreich bisher nur rhetorischen Charakter besaßen, ist hinlänglich bekannt.

Kritiken an den Malaisen des existenten Systems durch Schaffung eines Regelwerks zu entkräften, das über direkte Förderungen strukturelle Ungleichgewichte des Marktes auf Basis von objektiv nachprüfbar und automatisch anwendbaren Regeln korrigiert, ist in den vergangenen Legislaturperioden jedenfalls nicht gelungen.

Nun ist also am 3. April 2020 im Parlament mit der Mehrheit der türkis-grünen Regierungskoalition (und der Zustimmung der SPÖ) die Bevorzugung der Boulevardmedien beschlossen worden.

Zunächst ist eine **finanzielle Unterstützung für Tageszeitungen mit einem einmaligen Betrag von 3,25 Euro pro Exemplar der anhand des Jahres 2019 ermittelten durchschnittlichen Druckauflage vorgesehen (§ 12b PresseFG 2004 idgF)**.

Ein erster Fehltritt zum Gesetz hatte für Tageszeitungen (Kauf- und Gratiszeitungen) eine Sonderförderung für gedruckte Exemplare vorgesehen – was die höchsten Subventionen für *Krone* sowie *Österreich* und *Heute* bedeutet hätte. Nach Kritik anderer Medien, NEOS, Journalistengewerkschaft, Reporter ohne Grenzen und auf Drängen der Grünen wurde die Förderung geändert – von ursprünglich 4,00 Euro pro Exemplar der Druckauflage auf Basis von Daten des Jahres 2019. auf o.a. 3,25 Euro.

So wie Gastronomie, Hotellerie und Handel durch Schließungen gerade Kompletterluste einfahren, sieht sich auch die Medienbranche durch die politischen Konsequenzen der COVID-19 Pandemie schwer betroffen. Den **Tageszeitungen, Anzeigenblättern und Stadtmagazinen brechen in der Corona-Krise die Erlöse im Anzeigengeschäft weg. Einige Titel kämpfen bereits ums Überleben**. Durch die COVID-19-Krise sind diese Werbeeinnahmen bei Österreichs Printmedien

bereits im März 2020 um durchschnittlich 70 Prozent zurückgegangen, wie der Branchenverband von Tageszeitungen, Wochenzeitungen und Magazinen VÖZ (Verband Österreichischer Zeitungen) in einer Aussendung vom 20. April 2020 meinte. Diese Einnahmen fehlen, um journalistische Arbeit zu refinanzieren.

**Neu hinzu kommt auch eine Sonder-Vertriebsförderung für Tages- und Wochenzeitungen:** Die Vertriebsförderung laut Presseförderung (bis zu rund 200.000 Euro im Jahr pro Tageszeitung, bis zu rund 88.000 für Wochentitel) wird einmalig um das Eineinhalbfache erhöht. Die Vertriebsförderung wird nur an Kauffitel ausgeschüttet.

Auch die **Privatrundfunkförderung** ist großzügig aufgestockt worden. Der RTR-GmbH werden im Jahr 2020 zusätzlich weitere 15 Millionen Euro von den Einnahmen aus den Gebühren gemäß § 3 Abs. 1 RGG überwiesen. Das Fördervolumen der Privatrundfunkförderung erhöht sich daher von 20 Millionen auf 35 Millionen Euro.

In Summe gehen als „**Rettungspaket**“ damit rund 32 Millionen Euro an österreichische Medienbetriebe. Neben den Tages- (12,1) und Wochenzeitungen (2,7) sind die kommerziellen TV-Privatsender, die 15 Millionen Corona-Sonderförderung bekommen sollen, die größten Profiteure. 2019 erhöhten ÖVP und FPÖ den Privatrundfunkfonds für sie von 15 auf 20 Millionen Euro jährlich. Die größten Förderungen gingen bei den jüngsten Antragsterminen an *ProSiebenSat1Puls4* inklusive *ATV* und an *Oe24TV* von der Mediengruppe Österreich. Drei Millionen Euro Sonderförderung pro Jahr bleiben den nichtkommerziellen Privatsendern wie *Okto* und *Orange*. Die Werte hier sind gerundete Berechnungen aus beiden Förderungen für Tageszeitungen **in Millionen**.

In Summe förderte die Republik 2019 ihre Tages- und Wochenzeitungen mit 8,9 Millionen Euro direkter Presseförderung. 3,2 Millionen gingen an nicht marktführende kleinere Titel – das sind *Standard*, *Presse*, *Neues Volksblatt* und *Neue Vorarlberger*. 3,8 Millionen Euro werden an tägliche wie wöchentliche Kaufzeitungen ausgeschüttet – von *Kronen Zeitung* und *Ganze Woche* bis *Murtaler Zeitung* und *Zur Zeit*. Da kommen jetzt noch die Corona-Millionen dazu.

## Zentrale Kritiken

Die Debatten zu Medienförderung sind kontroversiell und wertstrittig geführt. Die angebotenen Systeme werden von Kritikern als ineffizient, unfair und wenig innovativ zurückgewiesen.

Dies liegt zunächst an einem grundsätzlichen Dilemma des staatlichen Eingriffs: Er steht vor der heiklen Aufgabe, als Fördergeber die Produktion und den Konsum eines qualitativ anspruchsvollen redaktionellen Angebots gerade auch von traditionellen publizistischen Massenmedieninhalten zu unterstützen, gefährdet durch solche Eingriffe aber die publizistische Unabhängigkeit der für diese tätigen Journalisten und ihrer Medieninhaber.

Und es gilt immer noch eine Reihe von weiteren Argumenten für und wider staatliches Eingreifen auf Medienmärkten abzuwägen. Fragen nach der ökonomischen, publizistischen sowie der demokratiethoretischen Legitimation dieses Markteingriffs werden dabei gerne vermischt.

[Nikolaus Forgó](#), [Andy Kaltenbrunner](#) und [Daniela Kraus](#) haben zuletzt befunden, dass die „Corona-Sonderförderung“ in [Österreich](#) gerade solche Medien bestraft, die in letzter Zeit auf [Innovation](#) und [Digitalisierung](#) gesetzt haben — und warum sie Boulevardmedien anstelle von Qualitätsmedien fördert. In der Tat hat man im Sondergesetz auf digitale Online-Medien vergessen.

Die Kritiken an der aktuellen „Corona-Medienförderung“ sind allerdings noch viel weitreichender. Sie zeigen einmal mehr auf, woran das „System“ der Medienförderung in Österreich insgesamt krankt.

Da sind zum einen Diskussionen über das Vergabekriterium der Druckauflage. Wie VÖZ-Präsident Markus Mair meinte, sind zahlreiche Wochenzeitungen und Magazine zwar in der Vertriebsförderung, allerdings nicht bei der Druckauflagenförderung berücksichtigt.

Und weiter: „Sehr kritisch sehe ich die überproportionale Unterstützung für Zeitungen, die aufgrund ihres Vertriebsmodells Zeitungen und Magazine den Haushalten nicht persönlich zustellen und zudem auch die allgemeingültigen Kollektivverträge für Journalistinnen und Journalisten nicht anwenden. Aufgrund dieser Umstände entstehen bei Kaufzeitungen und -Magazinen wesentlich höhere Kosten. Bei künftigen Fördermaßnahmen muss auch verstärkt auf qualitative Merkmale Wert gelegt werden“, so Präsident Mair abschließend.

Des Weiteren ist eine grundsätzliche Kritik an staatlicher Förderung privatwirtschaftlicher Medienunternehmen, die keinen Public Value publizieren, generell zu kritisieren.

Manfred Knoche, Emeritus-Professor für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft mit besonderer Berücksichtigung der Medienökonomie an der Universität Salzburg, erkennt in diesem Zusammenhang einen prinzipiellen Legitimationswiderspruch zwischen einer ideologischen Inanspruchnahme von kapitalistischen „System“-Grundlagen wie Marktprinzip, freiem Unternehmertum, Staatsunabhängigkeit u. Ä. durch privatwirtschaftliche („freie“) Medienunternehmen und ihrer Forderung nach staatlicher Subvention.

Knoche erklärt trotz dessen Mediensonderförderung aufgrund der Corona-Krise als berechtigt, soweit eine Existenzbedrohung nachgewiesen wird. Für die Zukunft müsse aber gelten, dass freie Journalisten prioritär gefördert sein sollten, die aufgrund fehlender Aufträge real in Existenznot geraten sind.

Und nicht zuletzt trägt Medienförderung das Risiko von Staatsversagen in sich, wenn Eigennutz maximierende Politiker dem Gemeinwohl nur dienen, wenn sie sich daraus einen persönlichen Vorteil versprechen oder von starken Verbänden und Lobbying-Gruppen manipuliert würden. Ist Medienförderung tatsächlich „Korruption“, wie Armin Thurnher, Herausgeber des *Falter*, verbittert schreibt? „Wer einfach Geld an jene Medien verteilt, die am meisten publizistischen Druck ausüben und am meisten Publicity versprechen, erspart sich nicht nur die Frage, was wirklich förderungswert ist. Er setzt sich auch dem Verdacht aus, die jahrzehntelange korrupte Beziehung zwischen Medien und Politik einfach fortzuschreiben.“ (DER FALTER, 3.4.2020)

Zumindest ein Punkt gilt in dieser Hinsicht als unumstritten: Alle verdeckten Formen der Presseförderung durch Inserate von staatsnahen Institutionen und Regierungsstellen sind unmittelbar einzustellen. Meinungskauf und Eigenwerbung von Politikerinnen und Politikern durch Inseratenkampagnen auf Staatskosten sind Verschwendung von Steuergeld.

Das Regierungsprogramm 2020 wollte **Medienförderung und öffentliche Inserate** noch überprüfen. Das COVID-19-Gesetz hat darauf verzichtet.

## Von der „guten“ Medienförderung

Das heißt, dass staatliche Aktivität auf dem Medienmarkt zunächst danach beurteilt werden muss, inwieweit die Maßnahmen geeignet sind, ökonomisch benachteiligte Medienunternehmen für den Wettbewerb zu stärken, um Konzentrationsprozesse, die den Wettbewerb einschränken, zu verhindern.

Zweitens ist mit Blick auf die publizistische Leistungsfähigkeit der Medienwirtschaft zu prüfen, ob staatliche Intervention dazu beiträgt, Vielfalt zu gewährleisten.

Schließlich muss drittens unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten danach gefragt werden, inwieweit gesellschaftspolitisch relevante metaökonomische Grundwerte (z.B. Freiheit, Wohlstand, Gerechtigkeit) mit einer aktiven Rolle des Staates und seiner Funktion als Bewahrer und Förderer dieser Grundwerte mit medienpolitischen Zielen (Vielfaltförderung, Qualitätförderung) vereinbar sind, ohne

dass die Grundwerte einer wirtschaftsliberalen Marktordnung (wirtschaftliche Freiheit, Gründung und Wirtschaftswachstum, Innovation) verletzt werden.

Desiderata einer „guten“ Medienförderung und eines darauf aufbauenden konklusiven Bewertungsmodells sind folgerichtig: Förderung von struktureller Nachhaltigkeit entlang obiger Prinzipien, Fairness der Allokationsmechanismen, umfassende Verantwortung gegenüber Stakeholdern, Transparenz in der Mittelbeschaffung, -allokation und -verwendung, Subventionskontrolle, Staatsferne, Innovationsfreundlichkeit der Instrumente und Treffsicherheit des Mitteleinsatzes. Auf mikropolitischer Ebene werden finanzielle Fördermittel an Antragsteller üblicherweise mit Auflagen hinsichtlich Inhalt (gemessen am Anteil von Eigenleistungen, politisch, gesellschaftlich und kulturell relevanter Themen etc.), Werbung (Beschränkung, nur während bestimmter Zeiten), Reichweite oder Organisationsform und Steuerung (nicht-gewinnorientiert, Transparenz etc.) verknüpft. Rechtsmittel aus der Zusage von Fördergeldern entstehen in der Regel keine.

Die österreichische Medienpolitik steht einmal mehr vor großen Herausforderungen. Sie benötigt eine makroperspektivische Sichtweise über Markt- und Machtverhältnisse im digitalen Zeitalter. Nur so kann man sinnvoll darüber urteilen, welche Bedeutung staatliche Medienförderung als Garantie- und Anreizsystem für Demokratie, kulturelle Vielfalt und publizistische Innovation haben kann.

Staatliche Medienförderung erhalte durch evidenzbasierte Analyse und Bewertung bessere Entscheidungsgrundlagen auf Basis faktischer Überprüfungen von Wirtschaftlichkeits-, Vielfalts-, Qualitäts-, Transparenz- und Teilhabekriterien. Die Frage etwa, ob Gratisnachrichtenmedieninhalte gefördert werden sollen, ob die Anzahl der festangestellten Redakteure oder inhaltliche Qualität als Bewertungskriterium für Förderung obsiegen soll, und auch ob digitale Online-Medien gefördert werden sollen, bleiben damit weiterhin virulent.

Effektive Medienförderung muss sich dann eben an Erfolgskriterien messen lassen. Fehlende Regulierungseffektivität, Mangel an Evidenz zu nachhaltigen Wohlstandsverbesserungen der Marktteilnehmer, aber auch die durch den digitalen Medienwandel hervorgerufenen Veränderungen setzen jedenfalls die Legitimität der staatlich definierten Zielsysteme und eingesetzten Instrumente weiter unter Druck.

## Ausblick

Was insbesondere fehlt, ist eine medienpolitische Gesamtkonzeption, die eine Verteilung von Fördermitteln auf neue Medienangebote systemimmanent mitdenkt.

Medienförderung wäre zunächst umfassend als Querschnittsmaterie zu konzipieren. Die historisch gewachsene, auch gesetzliche Trennung in Mediengattungen von Print und Rundfunk, ja gar in Presse- und Publizistikförderung, ist nicht mehr zeitgemäß in einer konvergenten, digitalen und globalisierten Medienwelt von heute. Und ebenso verlangen die Besonderheiten des österreichischen Medienmarkts einen grundlegend anderen, umfassenden Förderansatz.

Eine „gute Regierungsführung“ in dieser Sache ist allemal schwierig, aber eines ist klar: Es braucht eine gute Summe Geld, das effektiver und treffsicherer eingesetzt werden muss. Die Schlagworte sind bekannt: Medienvielfalt, Qualität, Transparenz, Treffsicherheit, Evaluation.

Eine erste Korrektur dieser Fehlallokation läge darin, auf gesetzlicher Ebene faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen, indem für steuerliche Gleichbehandlung der Werbegattungen in Bezug auf die Werbeabgabe gesorgt wird.

Die Reform der Presseförderung mit Qualitätsförderung statt Vertriebs- und Vielfaltsförderung wäre ein wesentlicher erster, aber sicher nicht der einzig notwendige Schritt.

In der digitalen Medienwelt geht es vor allem aber auch um Fragen der Ordnung des gesamten Medien-Ökosystems, um Rundfunkgebühren beziehungsweise Haushaltsabgaben, um die Ordnung des kommerziellen und nichtkommerziellen Bereichs, um Leistungsschutzrechte, „Media Literacy“, Standortpolitik, digitale Spaltung, also um eine ganze Reihe weiterer Politikfelder, die von Medienförderung betroffen sind.

Der Reformdruck auf Medienförderung erhält jedenfalls vor dem Hintergrund der Entwicklungen von Digitalisierung und Medienkonvergenz neue Nahrung.

Aktuelle Tendenzen im Journalismus wie Twitter-Journalismus, Bürger-Journalismus und Projekte des offenen Journalismus, also allgemein „nutzergenerierte Inhalte“, also verschiedene Arten von Inhalten, die in der Regel von einer Reihe unterschiedlicher Akteure in einer Online-Umgebung geschaffen und verbreitet werden, wären mögliche förderungswürdige Innovationsprojekte für Print, Fernsehen, und im Bereich der digitalen Konvergenzmedien. In Österreich gibt es eine Reihe von unabhängigen Initiativen, die für eine staatliche Förderung infrage kommen.

Es ist zu empfehlen, dass öffentliche Fördergelder exklusiv an Inhalte gehen, die auch der Stärkung des öffentlichen Diskurses um demokratiepolitisch relevante Themen dienen.

Aus- und Weiterbildung von Journalisten, auch technologisch, ist effektiver zu subventionieren.

Die gesetzliche Verankerung einer Gründungsförderung für z.B. innovative Wochenzeitungen, Magazine mit Qualitätsanspruch oder Online-Initiativen im „Public Interest“ wäre ratsam.

Medienförderung ist selbstverständlich auch Mediennutzungsförderung im öffentlichen Interesse.

Der langfristige Nutzen muss die kurzfristigen Maßnahmen leiten. Unsere Qualitätsmedien hängen existenziell von einem solchen Zukunftsplan in der Postwachstumsökonomie ab.

Bleibt nur zu hoffen, dass der Gesetzgeber sich endlich dazu durchringt, Strukturen zu schaffen, die nicht nur dem Anspruch nach eine möglichst hohe Informations- und Qualitätsvielfalt im Medienangebot sicherstellt.

Paul Clemens Murschetz ist habilitierter Medien- und Kommunikationswissenschaftler mit Schwerpunkt Medienökonomie und Medienmanagement. Er arbeitet zur Zeit als selbstständiger Medienberater in Salzburg und Wien.

---

Quelle: [https://www.achgut.com/artikel/das\\_corona\\_papier\\_wissenschaftler\\_korrigieren\\_seehofer](https://www.achgut.com/artikel/das_corona_papier_wissenschaftler_korrigieren_seehofer)

[Die Achse des Guten](#) / 11.05.2020 / 17:36 / Foto: Amadalvarez/ [40](#) /

VorlesenMit webReader vorlesen lassenFocus

# Das Corona-Papier: korrigieren Seehofer

## Wissenschaftler

*Die an der Erstellung des Corona-Papiers beteiligten Ärzte und Wissenschaftler nahmen die Pressemitteilung des Bundesministeriums des Innern (BMI) vom 10. Mai verwundert zur Kenntnis. Dort schlägt man offenbar bewusst ihre Expertise aus. Jetzt fordern sie das BMI auf, die dort angeblich getätigten Risiko-Abwägungen transparent vorzulegen. Achgut.com dokumentiert ihr*

*Schreiben und im Anhang die auf Basis ihrer beratenden Tätigkeit von dem BMI-Mitarbeiter erstellte Analyse.*

## Gemeinsame Pressemitteilung der externen Experten des Corona-Papiers aus dem Bundesministerium des Innern

11.05.2020

Mit Verwunderung nehmen wir, die an der Erstellung des besagten Corona-Papiers beratend beteiligten Ärzte und Wissenschaftler/Wissenschaftlerinnen, die Pressemitteilung des Bundesministeriums des Innern (BMI) vom 10. Mai:

**„Mitarbeiter des BMI verbreitet Privatmeinung zum Corona-Krisenmanagement Ausarbeitung erfolgte außerhalb der Zuständigkeit sowie ohne Auftrag und Autorisierung“**

zur Kenntnis. Das Ministerium schreibt in dieser Pressemitteilung: *„Die Ausarbeitung erfolgte nach bisheriger Kenntnis auch unter Beteiligung Dritter, außerhalb des BMI.“* Wir gehen davon aus, dass mit Dritter wir, die Unterzeichnenden, gemeint sind.

Dazu nehmen wir wie folgt Stellung.

Wir setzen voraus, dass das BMI ein großes Interesse daran hat, dass seine Spezialisten, denen die überaus wichtige Aufgabe anvertraut ist, krisenhafte Entwicklungen zu erkennen und durch rechtzeitiges Warnen Schaden von Deutschland abzuwenden, sowohl mit konkretem Auftrag handeln als auch in Eigeninitiative tätig werden. Der entsprechende Mitarbeiter des BMI hat sich bei der Erstellung der Risikoanalyse zur Einschätzung der medizinischen Kollateralschäden durch die „Corona-Maßnahmen“ im Wege einer fachlichen Anfrage an uns gewandt.

Getragen von der Verantwortung, unterstützten wir den engagierten BMI Mitarbeiter bei der Prüfung dieser essentiellen Frage nach bestem Wissen und Gewissen, neben unserer eigentlichen beruflichen Tätigkeit. Renommierete Kollegen und Kolleginnen, allesamt hervorragende Vertreter ihres Fachs, nahmen zu konkreten Fragen auf der Basis der angefragten Expertise sachlich Stellung. Daraus resultierte eine erste umfangreiche Einschätzung der bereits eingetretenen sowie der drohenden medizinischen Schäden, einschließlich zu erwartender Todesfälle.

Der BMI Mitarbeiter hat anhand unserer Arbeit eine Einschätzung vorgenommen und das Ergebnis an die zuständigen Stellen weitergeleitet. Sie finden das betreffende Dokument im Anhang dieser Pressemitteilung. Dass dies aufgrund der Kürze der Zeit nur der Anfang einer noch umfangreicheren Prüfung sein kann, steht außer Frage. Aber unsere Analyse bietet unseres Erachtens eine gute Ausgangslage für das BMI und die Innenministerien der Länder, den möglichen Nutzen der Schutzmaßnahmen gegenüber dem dadurch verursachten Schaden gut abzuwägen. Unserer Auffassung nach müssten die adressierten Fachbeamten aufgrund dieses Papiers eine sofortige Neubewertung der Schutzmaßnahmen einleiten, für die wir ebenfalls unseren Rat anbieten.

In der Pressemitteilung gibt das BMI deutlich zu erkennen, dass es diese Analyse jedoch nicht berücksichtigen wird. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, dass das zuständige Bundesministerium eine derart wichtige Einschätzung auf dem Boden umfassender fachlicher Expertise ignorieren möchte. Aufgrund des Ernstes der Lage muss es darum gehen, sich mit den vorliegenden Sachargumenten auseinanderzusetzen – unabhängig von der Entstehungsgeschichte.

Deshalb fragen wir:

- Wieso hat das BMI das Ansinnen des Mitarbeiters nicht unterstützt und wieso bezieht das BMI die nun vorliegende umfangreiche Analyse auf dem Boden fachlich hochwertiger externer Expertise nicht bei seiner Einschätzung bezgl. des Verhältnisses von Nutzen und Schaden der Corona-Schutzmaßnahmen ein?

Das BMI schreibt weiter in seiner Pressemitteilung:

*„Die Bundesregierung hat in Folge der Corona-Infektionsgefahren zum Schutz der Bevölkerung Maßnahmen ergriffen. Diese werden innerhalb der Bundesregierung fortlaufend abgewogen und regelmäßig mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder abgestimmt.“*

Wir bitten das BMI:

- uns zeitnah mitzuteilen, wie genau diese Abwägung stattfindet. Wir bitten dies anhand von Daten, Fakten und Quellen nachzuweisen. Gerne würden wir dies mit unserer Analyse vergleichen. Angesichts der aktuell teilweise katastrophalen Patientenversorgung wären wir beruhigt, wenn diese Analyse zu einer anderen Einschätzung führt als der unsrigen, was uns derzeit jedoch schwer vorstellbar erscheint.

Des Weiteren schreibt das BMI:

*„Das Infektionsgeschehen in Deutschland ist im internationalen Vergleich bislang eher niedrig. Die ergriffenen Maßnahmen wirken.“*

In Übereinstimmung mit der internationalen Fachliteratur teilen wir diese Feststellung bzgl. der Wirksamkeit der Schutzmaßnahmen nur bedingt. Wir bitten das BMI deshalb im Sinne der Transparenz:

- die Quellen offenzulegen, nach denen es zu dieser Feststellung kommt.

#### **Fazit:**

Insgesamt haben wir auf Anfrage eines couragierten Mitarbeiters des BMI die vielfältigen und schweren unerwünschten Wirkungen der Corona-Schutzmaßnahmen im medizinischen Bereich aufgezeigt und diese sind gravierend. Für uns ergibt sich aus dem gesamten Vorgang der Eindruck, dass nach einer sicher schwierigen Anfangsphase der Epidemie nun die Risiken nicht im notwendigen Maß und insbesondere nicht in einer umfassenden Risikobetrachtung bedacht worden sind. Bezüglich der Berichterstattung zu diesem Vorgang bitten wir darum, die inhaltliche Wertigkeit unserer Analyse in das Zentrum zu stellen, und über uns, in Amt und Person, der ernsten Situation angemessen zu berichten. Die durch das Coronavirus SARS-CoV-2 ausgelöste Erkrankung Covid-19 verläuft für viele Menschen der bekannten Risikogruppen schwerwiegend. Wie für jede schwere Infektionserkrankung gilt es, für die Patienten die beste Behandlung zu finden und Infektionswege zu unterbinden. Aber therapeutische und präventive Maßnahmen dürfen niemals schädlicher sein als die Erkrankung selbst. Ziel muss es sein, die Risikogruppen zu schützen, ohne die medizinische Versorgung und die Gesundheit der Gesamtbevölkerung zu gefährden, so wie es gerade leider geschieht. Wir in Wissenschaft und Praxis sowie sehr viele Kolleginnen und Kollegen erleben täglich die Folgeschäden der Corona-Schutzmaßnahmen an unseren Patienten. **Wir fordern deshalb das Bundesministerium des Innern auf, zu unserer Pressemitteilung Stellung zu nehmen und hoffen auf eine sachdienliche Diskussion, die hinsichtlich der Maßnahmen zur bestmöglichen Lösung für die gesamte Bevölkerung führt.**

#### **Gezeichnet:**

Prof. Dr. Sucharit Bhakdi, Universitätsprofessor für Medizinische Mikrobiologie (im Ruhestand)  
Universität Mainz

Dr. med. Gunter Frank, Arzt für Allgemeinmedizin, Mitglied der ständigen Leitlinienkommission der Deutschen Gesellschaft für Familienmedizin und Allgemeinmedizin (DEGAM), Heidelberg

Prof. Dr. phil. Dr. rer. pol. Dipl.-Soz. Dr. Gunnar Heinsohn, Emeritus der Sozialwissenschaften der Universität Bremen

Prof. Dr. Stefan W. Hockertz, tpi consult GmbH, ehem. Direktor des Instituts für Experimentelle Pharmakologie und Toxikologie am Universitätskrankenhaus Eppendorf

Prof. Dr. Dr. rer. nat. (USA) Andreas S. Lübke, Ärztlicher Direktor des MZG-Westfalen, Chefarzt Cecilien-Klinik

Prof. Dr. Karina Reiß, Department of Dermatology and Allergology University Hospital Schleswig-Holstein

Prof. Dr. Peter Schirmacher, Professor der Pathologie, Heidelberg, Mitglied der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina

Prof. Dr. Andreas Sönnichsen, Stellv. Curriculumsdirektor der Medizinischen Universität Wien, Abteilung für Allgemeinmedizin und Familienmedizin.

Dr. med. Til Uebel, Niedergelassener Hausarzt, Facharzt für Allgemeinmedizin, Diabetologie, Notfallmedizin, Lehrarzt des Institutes für Allgemeinmedizin der Universität Würzburg, akademische Lehrpraxis der Universität Heidelberg

Prof. Dr. Dr. phil. Harald Walach, Prof. Med. Universität Poznan, Abt. Pädiatrische Gastroenterologie, Gastprof. Universität Witten-Herdecke, Abt. Psychologie 4

## Anhang:

KM 4 – 51000/29#2

### **Überblick über die gesundheitlichen Auswirkungen (Schäden) der staatlicherseits verfügten Maßnahmen und Beschränkungen in der Coronakrise 2020 (Stand: 7. Mai 2020 fin)**

Methodische Vorbemerkungen

Aufgeführt sind Risiken, die heute von 10 hochrangigen Experten/Wissenschaftler der jeweiligen Fachrichtungen für grundsätzlich plausibel gehalten worden sind. Die Auswahl der Experten erfolgte zufällig, das Ergebnis kann daher nicht repräsentativ sein.

Wichtig für die künftige systematische Erfassung von gesundheitlichen Kollateralschäden in der Pandemie ist, mindestens Spezialisten der hier einbezogenen wissenschaftlichen Disziplinen zu konsultieren. Anders ist eine realistische Gesamt-Bestandsaufnahme nicht möglich.

#### **1. Todesfälle**

a) Aufgrund Einschränkungen der Klinikverfügbarkeiten (und Behandlungsmöglichkeiten) verschobene oder **abgesagte Operationen**:

b) Aufgrund Einschränkungen der Klinikverfügbarkeiten (und Behandlungsmöglichkeiten) verschobene oder **abgesagte Folgebehandlungen** von (z.B. an Krebs, Schlaganfall oder Herzinfarkt) Erkrankten:

Über alles betrachtet hatten wir im Jahr 2018 insgesamt ca. 17 Mio vollstationärer Patienten mit OPs. Das sind im Schnitt 1,4 Mio Patienten pro Monat. Im März und April wurden 90% aller notwendiger OPs verschoben bzw. nicht durchgeführt. Das heißt, 2,5 Mio Menschen wurden infolge der

Regierungsmaßnahmen nicht versorgt. Also 2,5 Mio Patienten wurden in März und April 2020 nicht operiert, obwohl dies nötig gewesen wäre. Die voraussichtliche Sterberate lässt sich nicht seriös einzuschätzen; Vermutungen von Experten gehen von Zahlen zwischen unter 5.000 und bis zu 125.000 Patienten aus, die aufgrund der verschobenen OPs versterben werden/schon verstarben.

Die negativen Wirkungen von unterbrochenen Versorgungsstrukturen bei Tumorpatienten, seien es Krebsnachsorge oder auch unterbrochene Krebsvorsorgeprogramme, wie beim Brustkrebs, liegen auf der Hand, denn diese Maßnahmen haben ja ihren Nutzen in langen Studien belegt und sind auf dieser Basis eingerichtet worden.

Es ist auch hier von jährlichen Behandlungszahlen in Millionenhöhe auszugehen. In einem Teil der Fälle werden die Verfügbarkeitseinschränkungen der Kliniken ebenfalls zum vorzeitigen Versterben von Patienten führen. Eine Prognose dieses Effekts ist schwierig. Experten, die sich dazu äußerten, gingen von bis zu mehreren tausend zusätzlichen Toten aus, die bereits in März und April 2020 verstarben oder noch versterben werden.

c) Bei der Versorgung von **Pflegebedürftigen** (in DEU insgesamt 3,5 Mio. Menschen) sinkt aufgrund von staatlich verfügbaren Beschränkungen das Versorgungsniveau und die Versorgungsqualität (in Pflegeeinrichtungen, bei ambulanten Pflegediensten sowie bei privat / innerfamiliär durchgeführter Pflege). Da erwiesenermaßen das gute Pflegeniveau in DEU viele Menschen vor dem vorzeitigen Versterben bewahrt (das ist der Grund dafür, dass dafür so viel Geld aufgewendet wird), wird die im März und April 2020 erzwungene Niveauabsenkung vorzeitige Todesfälle ausgelöst haben. Bei 3,5 Mio. Pflegebedürftigen würde eine zusätzliche Todesrate von einem Zehntel Prozent zusätzliche 3.500 Tote ausmachen. Ob es mehr oder weniger sind, ist mangels genauerer Schätzungen nicht bekannt.

d) Zunahmen von Suiziden (bisher durchschn. 9.000 pro Jahr); Gründe für die Zunahme von Suiziden: langeandauernde erhebliche Beeinträchtigung aller Lebensbedingungen, die für psychisch instabile Persönlichkeiten kritisch werden können; aber auch mit zahlreichen Suiziden als Reaktion auf die wirtschaftliche Vernichtung von Existenzen ist zu rechnen; diverse Berufsgruppen, die sich ihrer Belastung durch die gesellschaftlichen und persönlichen Veränderungen und ihrer persönlichen (Mit)Verantwortung nicht gewachsen fühlen.

e) Zusätzliche Todesfälle durch **Herzinfarkt** und **Schlaganfall**. Über die letzten Jahre und Jahrzehnte wurden integrierte Konzepte entwickelt, die erfolgreich die Morbidität und Mortalität beeinflusst haben und darauf beruhen, dass möglichst frühzeitig (im Krankheitsverlauf), möglichst rasch (Zeit bis zur Versorgung) und möglichst kompetent eine Versorgung erfolgt. Diese intersektoralen/-disziplinären Ketten sind in vielfacher Weise geschädigt (ambulante Versorgung, Ressourcenentzug) und leiden auch maximal darunter, dass bedingt durch einseitige und übertriebene Informationspolitik die Betroffenen unberechtigterweise Corona mehr als diese Erkrankungen fürchten und Warnzeichen unterdrücken und auch befürchten, mit diesen Erkrankungen in der derzeitigen Corona-Fixierung im Krankenhaus nicht gut behandelt zu werden. In Konsequenz suchen derzeit viele Betroffene nicht/zu spät den Arzt auf, was bei diesen Erkrankungen erhöhte Morbidität, verschlechterte Rehabilitation und erhöhte Mortalität bedeutet.

2. **sonstige gesundheitliche Schäden** (verbunden mit Leid der Betroffenen und hohem Kosteneffekt für die sozialen Sicherungssysteme, das Gesundheitssystem und den Arbeitsmarkt)

a) besonders in ihren Kontakten reduzierte **alte/pflegebedürftige Menschen** sind von den Maßnahmen betroffen und leiden vielfach stark unter ihnen. Teils beeinträchtigen die getroffenen Maßnahmen (Grenzsicherungen, Quarantäneregulungen, Kontaktverbote, etc.) die schon vorher kritische ambulante/stationäre Betreuungssituation negativ (damit auch die optimale Versorgung in Bezug auf Corona)

b) behandlungsbedürftige (schwerere) Psychosen, Neurosen (Ängste, Zwangsstörungen, ...) aufgrund von langeandauernde erhebliche Beeinträchtigung aller Lebensbedingungen, die für psychisch instabile Persönlichkeiten Krankheitszustände auslösen werden; es sind langjährige medizinische Behandlungen und Rehabilitationsleistungen zur Kompensation dieser Beeinträchtigungen nötig, es kommt zu gesundheitsbedingten Arbeitsausfällen. 1 bis 2% der deutschen Gesamtbevölkerung erleben mindestens einmal im Leben eine Psychose. Wenn eine Disposition oder Anfälligkeit vorliegt, besteht eine erhöhte Wahrscheinlichkeit, dass sich dies unter den Rahmenbedingungen der Coronakrise manifestiert.

c) mehr Streitigkeiten und Körperverletzungen infolge von starken Kontaktbegrenzungen und Kontaktverbote; Häusliche Gewalt, Kindesmissbrauch

d) verbreitete Kommunikationsstörungen (durch psychische Effekte, s.o., und auch z.B. durch den Zwang zur Tragen von Gesichtsmasken, durch die Gestik und Mimik als Kommunikationsmittel stark eingeschränkt sind (führt zu Missverständnissen, Misstrauen, ...))

3) (abhängig von der wirtschaftlichen/volkswirtschaftlichen Entwicklung:) **Verlust an Lebenserwartung**. Dies dürfte langfristig zu einem größeren Schaden der Krise werden. Seit den 50er Jahren hat DEU aufgrund positiver volkswirtschaftlicher Entwicklung eine starke Erhöhung der Lebenserwartung realisiert (um 13 bis 14 Jahre längere durchschnittliche Lebenszeit). Das permanent gestiegene Wohlstandsniveau ermöglichte u.a. zunehmend aufwendige Gesundheitsvorsorge und Pflege. Bei stark negativer wirtschaftlicher Entwicklung und einer entsprechenden Reduktion des Wohlstandsniveaus geht die Entwicklung in die entgegengesetzte Richtung: die Lebenserwartung wird sinken. (Das RKI hat nachgewiesen, dass hohe Arbeitslosigkeit die Lebenserwartung senkt.) Bei über 80 Mio. Einwohnern kann durch staatliche Schutzmaßnahmen (nicht durch das Virus) ein entsprechend hohes Volumen an Lebensjahren der Bevölkerung vernichtet worden sein.

Den meisten o.g. Effekten ist gemeinsam, dass es auch nach Aufhebung der Beschränkungen sehr lange dauern wird, bis diese Maßnahmen und Behandlungen wieder auf Vorniveau laufen, da hier alle ineinandergreifenden Glieder wieder funktionsfähig sein müssen, die Ressourcen wieder (rück-)alloziert werden müssen und auch das Vertrauen der Patienten wiederhergestellt werden muss. Im Übrigen kann es teilweise gegenläufige, auf den ersten Blick paradoxe Reaktionen, geben. Die Schädigungsphase wird daher voraussichtlich wesentlich länger andauern als die eigentliche Unterbrechung. Bei einer künftig verkürzten Lebenserwartung setzt der Schaden sogar erst in der Zukunft ein.

Da theoretisch, zumindest partiell, auch mit gegenläufigen Effekten gerechnet werden muss – also mit auf den ersten Blick paradoxen Reaktionen –, ist von genaueren zahlenmäßigen Schätzungen von zu erwartenden Schadfällen abgesehen worden. Mit den genannten Zahlen werden Größendimensionen aufgezeigt.

Quelle: [https://www.achgut.com/artikel/wer\\_hat\\_angst\\_vor\\_Professor\\_Ioannidis](https://www.achgut.com/artikel/wer_hat_angst_vor_Professor_Ioannidis)

## Wer hat Angst vor Professor Ioannidis?

*Professor John Ioannidis, Epidemiologe und Statistiker, lehrt und arbeitet an der Stanford University. Er ist einer der meistzitierten Wissenschaftler der Welt und gilt als Koryphäe seines Faches. In einem Interview schildert er die Ergebnisse von drei epidemiologischen Studien zum Thema Covid-19, von*

denen die letzte erst kürzlich abgeschlossen wurde. Seine Aussagen bestätigen die zahlreichen Wissenschaftler, die auch in Deutschland immer häufiger und lauter Zweifel an der Sinnhaftigkeit der Corona-Politik äußern. Die Verantwortlichen werden solch hochkarätige Kritik nicht auf Dauer ignorieren können und müssen sich dem Vorwurf stellen, völlig überzogen gehandelt zu haben.

**Kristina Kanders hat die in einem umfassenden Interview geäußerte Einschätzung von Professor John Ioannidis zusammengefasst. (Link zum Interview und Transkript siehe unten).**

- Es ist sehr bedauerlich, dass wir schon früh so astronomisch falsche Zahlen hatten. Vorhersagen der WHO, dass 3,4 Prozent der Infizierten sterben werden sowie frühe mathematische Modelle des Imperial College, die besagten, dass bis zu 500.000 Briten sterben würden, versetzten Regierungen und die Bevölkerung leider in Angst und Panik. Szenarien von 40 Millionen Todesfällen in der Welt und über zwei Millionen Todesfällen in den USA im Falle eines Nichtstuns sind purer Science-Fiction.
- Es handelt sich um ein ernstes Problem. Niemand würde das bestreiten. Aber es ist eindeutig nicht das apokalyptische Problem, mit dem wir zu Beginn gerechnet hatten.
- Seine Studie zeigt, dass die Zahl der tatsächlich Infizierten zwischen 50- und 85-mal höher liegt, als die Zahl der dokumentierten Fälle.
- Corona-Virus ist keine Grippe. Dennoch deuten die bisher vorliegenden Zahlen darauf hin, dass das neue Coronavirus wahrscheinlich im gleichen Risikobereich liegt, wie die saisonale Grippe.
- Der Anteil der unter 65-Jährigen an der Gesamtzahl der Todesfälle macht in Europa zwischen 5 und 9% aller Todesfälle aus
- Das Risiko für Menschen unter 65 Jahren *ohne* Vorerkrankungen ist extrem gering. Diese Menschen machen weniger als 1%, in vielen Ländern Europas sogar weniger als 0,5% aller Todesfälle aus, ist also vernachlässigbar.
- Die Schäden des Lockdowns können viel schlimmer sein als das, was das Corona-Virus anrichten kann. So wissen wir zum Beispiel, dass die Selbstmordrate mit jedem 1%igen Anstieg der Arbeitslosigkeit um 1% steigt. Social Distancing führt zum Zusammenbrechen der psychischen Gesundheit. Es gibt Kindesmissbrauch, es gibt häusliche Gewalt. Wir sehen bereits Hinweise darauf, dass diese Probleme eskalieren. Gewalt im Allgemeinen wird voraussichtlich zunehmen.
- Herz-Kreislaufkrankungen, Krebs, Schlaganfall usw. verursachen die große Mehrheit der Todesfälle. Für sie kann moderne Medizin wirksam ist. Aber wenn diese Patienten aus Angst und Panik vor Infektion nicht ins Krankenhaus kommen, weil sie die Schutzmaßnahmen überinterpretieren, dann tötet das möglicherweise mehr Menschen als alle, die durch irgendwelche Maßnahmen gegen das Corona-Virus gerettet werden könnten.
- Ein Lockdown wird nicht gemacht, um Leben zu retten, sondern um die Kurve abzuflachen und Zeit zu gewinnen, um besser vorbereitet zu sein. Aber irgendwann, früher oder später, wenn der Lockdown aufgehoben wird, wird sich das Virus wieder ausbreiten und es wird die Menschen infizieren, die noch nicht infiziert wurden.
- In Italien sehen wir, dass fast 99% der Menschen an Vorerkrankungen leiden, in den meisten Fällen sogar an mehreren Vorerkrankungen, die ebenfalls zum Tod hätten führen können.
- Es ist sehr schwierig, die Todesfälle *durch* SARS CoV-2 und die Todesfälle *mit* SARS CoV-2 zu unterscheiden. Dies ist eine anhaltende Debatte, und wir werden das für jedes Land klären müssen.
- Es ist nicht nur die Zahl der Todesfälle, sondern die Zahl der verlorenen Lebensjahre, die am meisten zählt. Wenn ein junger, gesunder Mensch im Alter von 20 Jahren stirbt, das ist eine sehr hohe Zahl verlorener Lebensjahre im Vergleich zu jemandem, der sehr alt ist und mehrere Gründe hat, zu sterben.
- Die Fähigkeit unseres Körpers, mit SARS CoV-2 umzugehen, hängt nicht unbedingt nur von Antikörpern ab. Unser Immunsystem ist sehr komplex.

- Ein Impfstoff wird weniger relevant, wenn es andere Mechanismen gibt, die gleich gut oder besser sind. Ein Impfstoff muss sehr gründlich überprüft, sehr gründlich getestet werden. Und das kann Jahre dauern.
- Die bloße Aussage, dass die Maßnahmen funktioniert haben, ist eine sehr, sehr dürftige Aussage. Wir müssen sorgfältig prüfen, welche dieser Maßnahmen funktioniert haben, welche nicht funktioniert haben und welche tatsächlich Schaden angerichtet haben könnten.
- Zum Beispiel Schulschließungen. Die uns vorliegenden Beweise deuten darauf hin, dass durch die Schließung von Schulen die Zahl der Todesfälle um 1/50 zurückgeht, relativ gesehen um zwei Prozent. Die nachteiligen Folgen der Schließung von Schulen sind weitaus größer sind,
- Es ist in der Tat möglich, dass kleine Kinder und Kinder im Allgemeinen keine wirklich schwere Krankheit bekommen – die meisten von ihnen sind völlig asymptomatisch oder leicht symptomatisch – und dass sie zu einem Pool von Herdenimmunität beitragen könnten, ohne selbst in Schwierigkeiten zu geraten. Und wenn Sie ältere und gebrechliche Menschen davor schützen könnten, Kindern ausgesetzt zu werden, hätten Sie vielleicht besser gehandelt, als Schulen zu schließen
- Repräsentative Stichprobentests sagen mit größerer Genauigkeit, in welchem Stadium sich die aktuelle Infektionswelle befindet.
- Wissenschaftler machen Fehler, sollten sich ständig korrigieren, offen und transparent sein. Berechnungen in der Wissenschaft sind immer gleich, unabhängig davon, welcher politischen Partei man angehört. Sie sollten gleich sein. Es geht um das Leben unserer Mitmenschen. Wir sollten zusammenhalten.

Das komplette Transkript dieses wichtigen Interviews [finden Sie auf deutsch und englisch hier](#).

Das originale Interview ist [hier bei Journeyman Pictures](#) zu finden. Es wurde von John Kirby geführt. Und hier die Links zu den drei Studien um die es im Interview geht:

COVID-19 Antibody Seroprevalence in Santa Clara County, California <https://www.medrxiv.org/content/10.11...>

Population-level COVID-19 mortality risk for non-elderly individuals overall and for non-elderly individuals without underlying diseases in pandemic epicenters <https://www.medrxiv.org/content/10.11...>

What Other Countries Can Learn From Italy During the COVID-19 Pandemic <https://jamanetwork.com/journals/jama...>

[Kristina Kanders](#) ist Künstlerin aus Köln und hat fast 20 Jahre in New York gelebt.

---

Quelle: <https://www.addendum.org/debatte-corona/beitrag-wilhelm-hanisch/>

## Die Corona-Krise als Wissens- und Systemkrise

11. Mai 2020 [Debatte: Die Corona-Krisen](#)

**Warum die Angemessenheit der Maßnahmen zu hinterfragen ist.  
Addendum-Debatte**

Mit der Addendum-Debatte haben wir eine Plattform errichtet, die zu unseren Rechercheprojekten oder anderen Themenfeldern Sichtweisen und Analysen von außerhalb der Redaktion liefert. Wenn Sie dazu beitragen wollen, schreiben Sie an [debatte@addendum.org](mailto:debatte@addendum.org)!

### Vorbemerkung

Bis zum Ausbruch der Corona-Krise befand sich die globale Wirtschaft (inkl. chinesischer Staatskapitalismus) in einem Modus mehr oder minder marktwirtschaftlicher Selbstregulierung. Abgesehen von aufflackernden protektionistischen Tendenzen lag die letzte große Intervention in Form

der Rettung der Bankensysteme rund zehn Jahre zurück. Das Wachstumsparadigma ist lediglich durch die Ökologiebewegung – in nicht sehr wirksamer Weise – angefochten worden.

Das mit diesem Wirtschaftssystem verbundene Wissenssystem war und ist von einem Leitbild massiver markt- und verwertungsgetriebener Erwartungen in Innovation und technisch-organisatorischem Fortschritt getragen („schumpeterianisch“).

Dieser Zusammenhang gilt auch und gerade für den Gesundheitssektor. Trotz oder sogar aufgrund der Einwirkungen sozialstaatlicher Praxis und Leitbilder setzt gerade dieser Sektor auf den marktgetriebenen Einsatz neuester Wissens- und Technologie-Potenziale zur Erzielung einer neuen „Bio-legimité“ (Lebensverlängerung, Ausrotten von Krebs usw.). Daraus resultiert eine vielfach kritisierte Kostenfracht insbesondere für das öffentliche Gesundheitswesen.

Die Corona-Krise bedeutet offensichtlich einen exogenen Schock für dieses techno-ökonomische System.

Zunächst hat sich herausgestellt, dass die Unterschiede im Ausstattungs- und Organisationsniveau der nationalen Gesundheitswesen, bedingt durch Probleme mit deren öffentlicher Finanzierung, große Unterschiede in der Krisenbewältigung mit sich brachten.

## **Was ist die Charakteristik eines sogenannten „exogenen Schocks“ für Wirtschaft und Gesellschaft?**

Der Prototyp des „exogenen Schocks“ in der ökonomischen Analyse der Nachkriegszeit war der berühmte erste Ölpreis-Schock der 1970er Jahre. Im Gegensatz zu einem „endogenen“ Schock wie der Finanzkrise 2009 bestand das „Exogene“ des Ölpreisschocks in einer schlagartigen und massiven, durch die Erdölproduzenten herbeigeführten Verschiebung der Preisrelationen zwischen Rohstoff- bzw. Energiepreisen und den Preisen für Industriegüter. Bald sollte sich herausstellen, dass der Ölpreisschock (und seine Folgen für Rezession, Arbeitslosigkeit usw.) durch im Weiteren bilaterale Übereinkommen zwischen den Ölproduzenten und dem Weltfinanzsystem aufgefangen werden konnte, indem die Rolle des dominierenden, endgültig vom Gold entbundenen Dollar neu installiert wurde (sog. „Petrodollar“-Recycling). Der Schock war zwar sowohl konjunkturell als auch strukturell weitreichend, aber im Rückblick wenig komplex hinsichtlich seiner Bewältigung.

Der sozioökonomische Corona-Schock hingegen scheint weitaus komplexer zu sein: Er kommt einerseits noch von weiter „exogen“ („Naturereignis“ des Auftretens eines neuen Virus, was allerdings für sich genommen trivial wäre), andererseits aber – und das wird in diesem Beitrag behauptet – steht an seinem Ausgangspunkt ein Krisen-Habitus des einschlägigen vorgelagerten Wissenssystems.

Die nachfolgenden politischen Interventionen mit ihren weitreichenden Auswirkungen auf das sozioökonomische System werden einerseits biopolitisch (Schutz der Alten, fragwürdige Priorisierung eines in keiner Verfassung konkretisierten „Grundrechts auf Leben“ im Sinn eines „Hybrid-Humanismus“), andererseits mit organisatorischen Vorkehrungen zur Notstandsvermeidung im Gesundheitssystem legitimiert.

Die Entscheidungsträger agierten dabei erstaunlich schnell mit einem Griff zu den nächstliegenden autoritären Führungsmodellen (flächendeckende Ausgangssperren und Lockdowns, Überwachungsmethoden, totalitäres „Koste es was es wolle“ usw.).

Dieses Repertoire staatlicher Macht- und Gewaltmanifestation offenbart jedoch Hilflosigkeit. Diese ist insoweit verständlich, als die gewohnte Rolle des demo-technokratischen Politikmachens auf Basis des „besten Wissens“ ausgefallen ist bzw. nur rudimentär verfügbar war. Die Schutzbefohlenen andererseits ordnen sich mehrheitlich solchen Führungsformaten unter, was in deprimierender Weise an der Mündigkeit der Bürger zweifeln lässt.

Die Corona-Krise bezeugt – wie zu argumentieren sein wird – ein schweres Dilemma der einschlägigen Wissenssysteme als Krise der Wissensanwendung.

Paradoxerweise standen die Entscheider nicht zu wenig, sondern zu viel partikularem, aber nicht ganzheitlich zusammengeführtem Expertenwissen gegenüber.

## Das Wissensdilemma

An der aktuellen einschlägigen Expertise zu den Corona-Maßnahmen sind mindestens sieben Subdisziplinen der Medizin, Mikro- und Genbiologie und der „Gesundheitswissenschaften“ mit je äußerst spezialisierten Kompetenzen beteiligt: Virologen, Klinikern, Immunologen, Pharmakologen, Hygieniker- und Infektiologen, Epidemiologen und Public-Health-Spezialisten, neben Spitalsspezialisten, Organisatoren und Logistiker usw.

Jede dieser Subdisziplinen folgt zunächst und üblicherweise ihrem jeweils eigenen Paradigma. Das ist normal so bzw. auch im Rahmen des gewöhnlichen Wissenschaftsmodus erforderlich.

In der expliziten Verbundforschung oder einer außergewöhnlichen Situation bedarf es jedoch kooperativer Formen der Wissensgewinnung – zumindest „Interdisziplinarität“, im Idealfall sogenannter „Transdisziplinarität“. Hier geht eine Expertengruppe von einer gemeinsamen „Forschungs- bzw. Wissensmatrix“ aus und vertritt gemeinsam die Ergebnisse. Das wäre auch von einer Taskforce zur Beratung von Entscheidungsträgern zu erwarten. Davon war in ganz Europa und auch nicht einmal bei der WHO die Rede, sodass dies letztlich nur im Rahmen nationaler Experten-Gremien zu leisten gewesen wäre (Beispiel Schweden – unabhängig davon, wie es ausgeht).

Tatsächlich aber haben diese Spezialisten in den letzten Wochen – sogar innerhalb der einzelnen Subdisziplinen – durcheinandergeredet (immer unter dem Generalmotto „es ist ein unbekanntes Virus“, „wir wissen noch zu wenig“), sodass sie buchstäblich „ihr eigenes Wort nicht verstanden haben“ – und wir im Publikum natürlich schon gar nicht.

Es ist daher bis zu einem gewissen Grad verständlich, dass Politiker gezwungen sind, so ein Stimmengewirr abzurechnen und dann nach Gutdünken zu entscheiden.

## Der Griff nach „Nummer sicher“

Schließlich ist aus diesem Dilemma fragmentierten Wissens (= keine ganzheitlich wissensbasierte Evidenz) dieser Teufelskreis hin zu totalitären Tendenzen entstanden; und das ist kein österreichisches Spezifikum und auch nicht nur eines von Politikern mit autoritären Neigungen, sondern ein gesamteuropäisches mit durchaus auch liberalen oder sogar linksliberal orientierten Politikern an der Spitze. Man hat sich anstecken lassen von Reaktionsmustern autoritärer Länder, mit den Medien als Verstärkern. Dabei hat man nicht immer die richtigen Beispiele erwischt (Südkorea oder Taiwan sind mit mehr Fassung vorgegangen). Ein Höhepunkt war sicherlich die skandalöse Anwendung von „politics/policies by angst“ durch den österreichischen Bundeskanzler.

Verfügbar waren demgegenüber schnell Maßnahmen-Beispiele aus dem Ursprungsland der Pandemie, China. Unbeschadet der – soweit bisher bekannt – erfolgreichen und effektiven Eindämmungsstrategie der Seuche auf den Ursprungsherd Wuhan, der frühen Warnungen sowie der Kooperationsbereitschaft mit der WHO, kann man an der Sinnhaftigkeit und vor allem Übertragbarkeit von Maßnahmen zweifeln, die eben in einer autoritär geleiteten Gesellschaft an der Tagesordnung sind.

Es gibt Beispiele, wo in Millionenstädten, tausende Kilometer vom Epizentrum entfernt, Bewohner wochenlang in abgezaunten Quarantäne-Wohnblocks (mit durchaus gehobener Qualität) gehalten wurden, mit einem „Exit-permit“ pro Tag zur Abholung von Lebensmitteln an der Straßenecke (Fiebermessen beim Aus- und Eingang der Schranken).

Am Ende der Infektionswelle stellten sich dort nur verschwindend geringe Infektionszahlen heraus. Selbst wenn diese Zahlen untertrieben sein sollten, sind sie wohl kaum auf solch rigide Eingriffe zurückzuführen, und es mutet gespenstisch an, derart strikte Maßnahmen „durchziehen“ zu können, ohne dass offenbar die Sinnhaftigkeit hinterfragt werden darf. Wenige Wochen später haben wir in Europa nicht unähnliche Ausgangsbeschränkungen.

Dabei soll nicht gesagt sein, dass in Österreich nicht auch Richtiges passiert ist, wie es das Beispiel der frühen Aufrufe zeigt, im Fall von Symptomen zu Hause zu bleiben und nicht das Gesundheitssystem zu stürmen. Vieles am bisher glimpflichen Verlauf ist aber auch besonderen Umständen zu verdanken, wie den relativ großzügigen Wohnverhältnissen oder Ausstattungen unseres Gesundheitssystems, das in der jüngeren Vergangenheit vergleichsweise zu anderen schwerer betroffenen Ländern nicht in dieser Weise zurückgefahren wurde.

Leider hatten und haben vor allem die nicht rein statistisch ausgerichteten Epidemiologen und Sozialmediziner bisher eine recht schwache Stimme im Prozess der politischen Willensbildung, ja im Gegenteil, sie wurden zum Teil aus dem Expertengremium ausgebootet.

## **Vergleiche sind nicht nur zulässig, sondern notwendig**

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an das Vorwissen aus dem „Nachwissen“ der Hongkong-Grippe von 1968 (nach bisherigen epidemiologischen Ergebnissen war diese Pandemie global mit 1 bis 1,5 Millionen Toten opferreicher) – wohl eingedenk, dass ein Vergleich zwischen Corona- und Influenza-Virus bedingten Epidemien hinsichtlich klinischer und immunologischer Ausprägung nicht zulässig ist.

Ein schlussfolgernder Vergleich ist allerdings vor allem sozialmedizinisch sehr wohl geboten.

Die heutigen Risikogruppen waren damals 20+, viele sind damals in Europa „herumgetingelt“ (so auch der Autor – Stichwort Mai 68 in Frankreich – richtig ausgebrochen ist die Hongkong-Grippe in Frankreich allerdings erst im Spätwinter 1968/69).

Wir haben damals so gut wie nichts davon mitbekommen!

Obwohl die Hongkong-Grippe bereits zehn Jahre nach der sog. „Asiatischen Grippe“ auftauchte, war man einerseits kaum besser vorbereitet, was Impfung oder Herdenimmunsierung betrifft; andererseits wurde sie bei den ersten Nachweisen zum Beispiel in Frankreich (1968) medial heruntergespielt bzw. nicht als besondere Bedrohung empfunden, wobei jedoch bereits die Erfahrungen aus Asien vorlagen. Sie war bloß erwartet, da Epidemiologen damals von einem zehnjährigen Pandemie-Zyklus ausgingen.

Auch als die Hongkong-Grippe dann wirklich in Europa ausgebrochen ist (Frankreich und Deutschland zählten nach Schätzungen je 40.000 Tote, geschätzt nach der sog. statistischen „Übersterblichkeit“), wurden nur Schulen geschlossen, insbesondere weil Lehrer erkrankt waren; Züge fielen aus, weil 15 Prozent der französischen Eisenbahner darniederlagen; aber alles weit davon entfernt, dass daraus ein Medienhype resultierte oder Maßnahmen wie flächendeckende Ausgangssperren, Wirtschafts-Lockdowns oder die landesweite Schließung des Bildungssystems für mehr als ein halbes Jahr verhängt worden wären (wie gegenwärtig in Italien)!

Soziologische Erklärungen für diese geringe Beachtung liegen auf der Hand: Es gab noch nicht annähernd die mediale Vernetzung und Meinungsmultiplikation wie heute, der mediale Fokus lag auf der politischen Aufbruchsstimmung, den Jugendprotesten (in Frankreich – Stichwort: Ablösung de Gaulles) usw. Schon damals waren die globalen Ausbreitungswege, wiewohl langsamer, so doch nicht unähnlich, und sie verliefen entlang der Routen des aufstrebenden Flugverkehrs.

Aus heutiger Sicht würde man sagen: fürchterlich fahrlässig. Die damalige Wissensbasis war aber auch um Skalen niedriger (keine ausgefeilten Ausbreitungsmodelle, weniger evidenzbasierte

immunologische Studienergebnisse, vermutlich weitaus weniger virologisch-genbiologische Erkenntnisse).

## Die Angemessenheit der Maßnahmen ist zu hinterfragen

Man muss deshalb fragen: Ist es das Richtige, was die gegenwärtigen Expertenpools hinsichtlich derart breitenwirksamer Maßnahmen-Empfehlungen aus einem weitaus größeren, wenn auch fragmentierten Wissenspool, geschöpft haben? Und haben sie überhaupt etwas gelernt – angesichts des etwas hilflos anmutenden, Pharma-strategisch aber leicht durchschaubaren technokratischen Mantras, dass man das Virus erst „im Griff“ haben werde mit einem Impfstoff, das heißt, dass wir uns deshalb auf monate-ja jahrelange Einschränkungen des täglichen Lebens einstellen müssten?

Der gegenwärtige Wissensstand über COVID-19 – auch im Vergleich mit den historischen Virus-Epidemien – ist jedenfalls im Detail um einiges höher als das, was die Experten damals über die Hongkong-Grippe wussten: über Cluster-Geographie der Ausbreitung mit guten Hinweisen auf erfolgreiche regionale Einhegungsstrategien, über die vermutlich nicht extrem unterschiedliche (globale) Mortalität (zwar durch andere Affekt-Spezifität (Lunge) mit stärkerer Selektivität auf Multimorbide und Vorbelastete), wenig schwere Verläufe bei Jüngeren, insgesamt viel mehr leichte und asymptomatische Verläufe als bei Influenza usw. Auch Vorwissen aus chinesischen Studien (Oberflächenhaftung, Virenbefruchtung usw.) war und ist vorhanden, ganz zu schweigen von mehr und wahrscheinlich besseren Testverfahren.

Hätte man mit ähnlich rigiden, flächendeckenden Maßnahmen wie heute (aus „besserem“ Wissen geschöpft) damals die Anzahl der direkten Opfer entscheidend verringern können? Und umgekehrt wäre bei nicht so rigiden Maßnahmen heute eine wesentlich größere direkte Opferzahl zu befürchten?

Das ist nicht so leicht zu beantworten, insbesondere aufgrund der wesentlich stärkeren länderspezifischen Ausprägung. So hat Frankreich mit noch rigideren Maßnahmen als Österreich und Deutschland, trotzdem eine weitaus höhere relative Opferzahl (derzeit ca. 25.000 Todesopfer). Oder – die Schweiz hat früher mit einschlägigen Maßnahmen begonnen als Österreich, weist aber eine doppelt so hohe Infiziertenzahl und eine erheblich höhere Zahl an Todesopfern (erklärbar einzig durch den „Tessin“-Effekt, der geographischen Nähe zum italienischen Hauptherd und den Pendlerströmen) auf.

Solche Überlegungen sind aber auch einigermaßen müßig:

Wenn die gegenwärtige Welle, so wie sie in Deutschland und Österreich verläuft, in diesem moderaten Ausmaß in die Geschichte eingeht und die Krankheit erst im nächsten Winter wieder auftauchen sollte, dann wird die Zahl der Corona-Toten, nach dem Dafürhalten der Statistiker, im Jahr 2020 ziemlich sicher kaum über der Schwelle der sog. „Übersterblichkeit“ (das heißt innerhalb der Schwankungsbreite der durchschnittlichen langjährigen demographischen Sterblichkeit), liegen.

Es ist auch eine Tatsache, dass die zum Teil juristisch verunglückten österreichischen Maßnahmen, wie die Verordnung bezüglich des Aufenthalts im „Öffentlichen Raum“ oder die Maskenpflicht erst ergriffen wurden, als – für jeden erkennbar – der Höhepunkt der aktuell nachgewiesenen Erkrankungen bereits in Sichtweite oder sogar überschritten war. Da hat man schnell das Gefühl, nur mehr hinters Licht geführt zu werden, so wie überhaupt die Transparenz der Entscheidungsgrundlagen – im Gegensatz zu Deutschland – kaum gegeben war. Dort haben sich die Politiker immerhin in vielen Fernsehdiskussionen den oft kontroversen Expertenmeinungen öffentlich gestellt.

Zusammenfassend sieht es so aus, dass für die künftigen Strategien und Maßnahmen (neben der Propagierung von Hygieneregeln) eine möglichst koordinierte und fokussierte Wissensbasis heranzuziehen wäre, zum Beispiel auf Basis von Containment- und Trackingmethoden nach dem Prinzip der Waldbrandbekämpfung (Beobachten von Glutnestern). Flächendeckende Lockdown-Maßnahmen (auch das heftig umstrittene Maskentragen im Alltag) oder der Ausschluss von pauschal

definierten Risikogruppen aus dem öffentlichen Leben scheinen hingegen weder immunologisch-gesundheitspolitisch noch gesellschaftspolitisch sinnvoll und gerechtfertigt.

Genauso wäre es seitens der Regierung angebracht, nicht mit weiteren Einschüchterungen, Bevormundungen oder einem inhaltsleeren Guru-Sprech von einem künftigen Zeitalter der „Neuen Normalität“ zu operieren, sondern einer kritisch-sachlichen Evaluierung der bisherigen Maßnahmen Raum zu geben, sowie mehr diskretionäre Rechtssetzungen vorzunehmen, nach dem alten Prinzip „Ganzheitlich denken, aber lokal/regional und eventuell gruppenbezogen-selektiv handeln“.

Es ist hier nicht der Ort, auf das Verhältnis von Wissen und politischem Handeln auf dem Gebiet der ökonomischen Interventionen einzugehen. Auch hier zeigen sich analoge Probleme, da auch hier eine Politik des „Koste es, was es wolle“, in fataler Analogie zur Rhetorik des „Totalen Kriegs“, den Keim des Scheiterns schon in sich trägt.

## Über den Autor:

Wilhelm Hanisch, Mag., geb. 1948, Sozial- und wirtschaftswissenschaftliches Studium.

Langjährige Berufstätigkeit als Berater und Studienautor. Schwerpunkt: Themen der Forschungs- und Bildungspolitik für Unternehmen und den öffentlichen Sektor (Ministerien, AMS, Rat für Forschungs- und Technologieentwicklung, KDZ Zentrum für Verwaltungsforschung, F&E-Strategie für Unternehmen).

---

---

Nachdem ich immer noch annehme, dass Sie sinnerfassend lesen können, nicht unter Ignoranz & Arroganz leiden, freue ich mich auf eine rasche Beantwortung meiner offenen Briefe.

Zum Schluss möchte ich noch anmerken: Die fehlende Kritik an den nicht medizinisch evidenzbasierten Maßnahmen der von unseren Steuergeldern völlig abhängig gemachten vorauseilend politisch-korrekten regierungskonformen unkritischen Hofberichterstatter zeigt unsere so miese, so schändliche und so unzumutbare Mediensituation auf.

In der Hoffnung, dass bald durch Herstellung von Evidenz und vernunft- und evidenzbasierten Maßnahmen sowie von einer sachlichen Berichterstattung ohne Lücken Österreich als erster Vorreiter wieder in die Normalität zurückkehrt, verbleibe ich inzwischen mit freundlichen Grüßen aus Innsbruck, Ihr Klaus Schreiner

Buchhaltungsbüro & Lohnverrechnung

Sie sind ein neuer Medienvertreter auf der Emailaussendungsliste, und wissen noch nicht um was es hier geht, hier findet man alle bisherigen offenen Briefe, die anfangs bis 22.04.20 an die unten angeführten Emailadressen versendet wurden, danach stark erweitert.

---

---

●●● 42 Offener Brief betr. CORONA – ANFRAGE nach AUSKUNFTSGESETZ an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer\*innen und deutschsprachigen Medienvertreter

<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/05/05/42-offener-brief-betr-corona-anfrage-nach-auskunftsgesetz-an-bundeskanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrerinnen-und-deutschsprachigen-medienvertreterinnen/>

●●● 41 Offener Brief betr. CORONA – ANFRAGE nach AUSKUNFTSGESETZ an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer\*innen und deutschsprachigen Medienvertreter

<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/05/05/41-offener-brief-betr-corona-anfrage-nach-auskunftsgesetz-an-bundestkanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrerinnen-und-deutschsprachigen-medienvertreterinnen/>

●●● 40 Offener Brief betr. CORONA – ANFRAGE nach AUSKUNFTSGESETZ an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer\*innen und deutschsprachigen Medienvertreter

<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/05/04/40-offener-brief-betr-corona-anfrage-nach-auskunftsgesetz-an-bundestkanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrerinnen-und-deutschsprachigen-medienvertreterinnen/>

●●● 39 Offener Brief betr. CORONA – ANFRAGE nach AUSKUNFTSGESETZ an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer\*innen und deutschsprachigen Medienvertreter

<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/05/04/39-offener-brief-betr-corona-anfrage-nach-auskunftsgesetz-an-bundestkanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrerinnen-und-deutschsprachigen-medienvertreterinnen/>

●●● 38 Offener Brief betr. CORONA – ANFRAGE nach AUSKUNFTSGESETZ an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer\*innen und deutschsprachigen Medienvertreter

<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/05/02/38-offener-brief-betr-corona-anfrage-nach-auskunftsgesetz-an-bundestkanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrerinnen-und-deutschsprachigen-medienvertreterinnen/>

●●● 37 Offener Brief betr. CORONA – ANFRAGE nach AUSKUNFTSGESETZ an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer\*innen und deutschsprachigen Medienvertreter

<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/05/02/37-offener-brief-betr-corona-anfrage-nach-auskunftsgesetz-an-bundestkanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrerinnen-und-deutschsprachi/>

●●● 36 Offener Brief betr. CORONA – ANFRAGE nach AUSKUNFTSGESETZ an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer\*innen und deutschsprachigen Medienvertreter

<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/05/02/36-offener-brief-betr-corona-anfrage-nach-auskunftsgesetz-an-bundestkanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrerinnen-und-deutschsprachigen-medienvertreterinnen-favorit-maximizeminimize-von/>

●●● 35 Offener Brief betr. CORONA – ANFRAGE nach AUSKUNFTSGESETZ an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer\*innen und deutschsprachigen Medienvertreter

<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/04/30/35-offener-brief-betr-corona-anfrage-nach-auskunftsgesetz-an-bundestkanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrerinnen-und-deutschsprachigen-medienvertreterinnen/>

●●● 34 Offener Brief betr. CORONA – ANFRAGE nach AUSKUNFTSGESETZ an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer\*innen und deutschsprachigen Medienvertreter

<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/04/30/34-offener-brief-betr-corona-anfrage-nach-auskunftsgesetz-an-bundestkanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrerinnen-und-deutschsprachigen-medienvertreterinnen/>

●●● 33 Offener Brief betr. CORONA – ANFRAGE nach AUSKUNFTSGESETZ an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer\*innen und deutschsprachigen Medienvertreter

<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/04/30/33-offener-brief-betr-corona-anfrage-nach-auskunftsgesetz-an-bundestkanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrerinnen-und-deutschsprachigen-medienvertreterinnen/>

●●● 32 Offener Brief betr. CORONA – ANFRAGE nach AUSKUNFTSGESETZ an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer\*innen und deutschsprachigen Medienvertreter

<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/04/29/32-offener-brief-betr-corona-anfrage-nach-auskunftsgesetz-an-bundestkanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrerinnen-und-deutschsprachigen-medienvertreterinnen/>

●●● 31 Offener Brief betr. CORONA – ANFRAGE nach AUSKUNFTSGESETZ an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer\*innen und deutschsprachigen Medienvertreter

<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/04/29/31-offener-brief-betr-corona-anfrage-nach-auskunftsgesetz-an-bundestkanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrerinnen-und-deutschsprachigen-medienvertreterinnen/>

●●● 30 Offener Brief betr. CORONA – ANFRAGE nach AUSKUNFTSGESETZ an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer\*innen und deutschsprachigen Medienvertreter  
<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/04/29/30-offener-brief-betr-corona-anfrage-nach-auskunftsgesetz-an-bundeskanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrerinnen-und-deutschsprachigen-medienvertreterinnen/>

●●● 29 Offener Brief betr. CORONA – ANFRAGE nach AUSKUNFTSGESETZ an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer\*innen und deutschsprachigen Medienvertreter  
<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/04/28/29-offener-brief-betr-corona-anfrage-nach-auskunftsgesetz-an-bundeskanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehre/>

●●● 28. Offener Brief betr. CORONA – ANFRAGE nach AUSKUNFTSGESETZ an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer\*innen und deutschsprachigen Medienvertreter  
<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/04/28/28-offener-brief-betr-corona-anfrage-nach-auskunftsgesetz-an-bundeskanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrerinnen-und-deutschsprachi/>

●●● 27. Offener Brief betr. CORONA – ANFRAGE nach AUSKUNFTSGESETZ an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer\*innen und deutschsprachigen Medienvertreter  
<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/04/28/27-offener-brief-betr-corona-anfrage-nach-auskunftsgesetz-an-bundeskanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrerinnen-und-deutschsprachigen-medienvertreterinnen/>

●●● 26. Offener Brief betr. CORONA – ANFRAGE nach AUSKUNFTSGESETZ an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer\*innen und deutschsprachigen Medienvertreter  
<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/04/27/26-offener-brief-betr-corona-anfrage-nach-auskunftsgesetz-an-bundeskanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrerinnen-und-deutschsprachigen-medienvertreter/>

●●● 25. Offener Brief betr. CORONA – ANFRAGE nach AUSKUNFTSGESETZ an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer\*innen und deutschsprachigen Medienvertreter  
<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/04/27/25-offener-brief-betr-corona-anfrage-nach-auskunftsgesetz-an-bundeskanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrerinnen-und-deutschsprachigen-medienvertreter/>

●●● 24. Offener Brief betr. CORONA – ANFRAGE nach AUSKUNFTSGESETZ an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer\*innen und deutschsprachigen Medienvertreter  
<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/04/27/24-offener-brief-betr-corona-anfrage-nach-auskunftsgesetz-an-bundeskanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrerinnen-und-deutschsprachigen-medienvertreter/>

●●● 23. Offener Brief betr. CORONA – ANFRAGE nach AUSKUNFTSGESETZ an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer\*innen und deutschsprachigen Medienvertreter  
<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/04/26/23-offener-brief-betr-corona-anfrage-nach-auskunftsgesetz-an-bundeskanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrerinnen-und-deutschsprachigen-medienvertreter/>

●●● 22. Offener Brief betr. CORONA – ANFRAGE nach AUSKUNFTSGESETZ an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer\*innen und deutschsprachigen Medienvertreter  
<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/04/26/22-offener-brief-betr-corona-anfrage-nach-auskunftsgesetz-an-bundeskanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrerinnen-und-deutschsprachigen-medienvertreter/>

●●● 21. Offener Brief betr. CORONA – ANFRAGE nach AUSKUNFTSGESETZ an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer\*innen und deutschsprachigen Mainstreammedien  
<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/04/25/21-offener-brief-betr-corona-anfrage-nach-auskunftsgesetz-an-bundeskanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrerinnen-und-deutschsprachigen-medienvertreter/>

●●● 20. Offener Brief betr. CORONA – ANFRAGE nach AUSKUNFTSGESETZ an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer\*innen und deutschsprachigen Mainstreammedien  
<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/04/25/20-offener-brief-betr-corona-anfrage-nach-auskunftsgesetz-an-bundeskanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrerinnen-und-deutschsprachigen-mainstreammedien/>

- 19. Offener Brief betr. CORONA – ANFRAGE nach AUSKUNFTSGESETZ an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer\*innen und deutschsprachigen Mainstreammedien  
<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/04/25/19-offener-brief-betr-corona-anfrage-nach-auskunftsgesetz-an-bundeskanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrerinnen-und-deutschsprachigen-mainstreammedien/>
- 18. Offener Brief betr. CORONA – ANFRAGE nach AUSKUNFTSGESETZ an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer\*innen und deutschsprachigen Mainstreammedien  
<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/04/24/18-offener-brief-betr-corona-anfrage-nach-auskunftsgesetz-an-bundeskanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrerinnen-und-deutschsprachigen-mainstreammedien/>
- 17. Offener Brief betr. CORONA – ANFRAGE nach AUSKUNFTSGESETZ an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer\*innen und deutschsprachigen Mainstreammedien  
<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/04/24/17-offener-brief-betr-corona-anfrage-nach-auskunftsgesetz-an-bundeskanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrerinnen-und-deutschsprachigen-mainstreammedien/>
- 16. Offener Brief betr. CORONA – ANFRAGE nach AUSKUNFTSGESETZ an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer\*innen und deutschsprachigen Mainstreammedien  
<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/04/23/16-offener-brief-betr-corona-anfrage-nach-auskunftsgesetz-an-bundeskanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrerinnen-und-deutschsprachigen-mainstreammedien/>
- 15. Offener Brief betr. CORONA – ANFRAGE nach AUSKUNFTSGESETZ an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer\*innen und deutschsprachigen Mainstreammedien  
<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/04/23/15-offener-brief-betr-corona-anfrage-nach-auskunftsgesetz-an-bundeskanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrerinnen-und-deutschsprachigen-mainstreammedien/>
- 14. Offener Brief betr. CORONA – ANFRAGE nach AUSKUNFTSGESETZ an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer\*innen und deutschsprachigen Mainstreammedien  
<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/04/22/14-offener-brief-betr-corona-anfrage-nach-auskunftsgesetz-an-bundeskanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrerinnen-und-deutschsprachigen-mainstreammedien/>
- 13. Offener Brief betr. CORONA – ANFRAGE nach AUSKUNFTSGESETZ an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer\*innen und deutschsprachigen Mainstreammedien  
<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/04/22/13-offener-brief-betr-corona-anfrage-nach-auskunftsgesetz-an-bundeskanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrerinnen-und-deutschsprachigen-mainstreammedien/>
- 12. Offener Brief betr. CORONA – Das ist kein Härtefall-Fonds! ANFRAGE nach AUSKUNFTSGESETZ an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer\*innen und deutschsprachigen Mainstreammedien  
<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/04/21/12-offener-brief-betr-corona-das-ist-kein-haertefall-fonds-anfrage-nach-auskunftsgesetz-an-bundeskanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrerinnen-und-deutschsprachigen-mainstreammedien/>
- 11. Offener Brief betr. CORONA – Das ist kein Härtefall-Fonds! ANFRAGE nach AUSKUNFTSGESETZ an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer und deutschsprachigen Medienvertreter  
<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/04/21/11-offener-brief-betr-corona-das-ist-kein-haertefall-fonds-anfrage-nach-auskunftsgesetz-an-bundeskanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrer-und-deutschsprachigen-medienvertreter/>
- 10. Offener Brief betr. CORONA – ANFRAGE nach AUSKUNFTSGESETZ an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer und deutschsprachigen Medienvertreter  
<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/04/20/10-offener-brief-betr-corona-anfrage-nach-auskunftsgesetz-an-bundeskanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrer-und-deutschsprachigen-medienvertreter/>

●●● 9. Offener Brief betr. CORONA – ANFRAGE nach AUSKUNFTSGESETZ an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer und deutschsprachigen Medienvertreter

<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/04/20/9-offener-brief-betr-corona-anfrage-nach-auskunftsgesetz-an-bundeskanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrer-und-deutschsprachigen-medienvertreter/>

●●● 8. Offener Brief betr. CORONA – ANFRAGE nach AUSKUNFTSGESETZ an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer und deutschsprachigen Medienvertreter

<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/04/19/8-offener-brief-betr-corona-anfrage-nach-auskunftsgesetz-an-bundeskanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrer-und-deutschsprachigen-medienvertreter/>

7. Offener Brief betr. CORONA – ANFRAGE nach AUSKUNFTSGESETZ an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer und deutschsprachigen Mainstreammedien

<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/04/18/7-offener-brief-betr-corona-anfrage-nach-auskunftsgesetz-an-bundeskanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrer-und-deutschsprachigen-mainstreammedien/>

6. Offener Brief betr. CORONA – ANFRAGE nach AUSKUNFTSGESETZ an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer und deutschsprachigen Mainstreammedien

<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/04/17/6-offener-brief-betr-corona-anfrage-nach-auskunftsgesetz-an-bundeskanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrer-und-deutschsprachigen-mainstreammedien/>

5. Offener Brief betr. CORONA – ANFRAGE nach AUSKUNFTSGESETZ an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer und deutschsprachigen Mainstreammedien

<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/04/16/5-offener-brief-betr-corona-anfrage-nach-auskunftsgesetz-an-bundeskanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrer-und-deutschsprachigen-mainstreammedien/>

4. Offener Brief betr. CORONA – ANFRAGE nach AUSKUNFTSGESETZ an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer und deutschsprachigen Mainstreammedien

<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/04/15/4-offener-brief-betr-corona-anfrage-nach-auskunftsgesetz-an-bundeskanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrer-und-deutschsprachigen-mainstreammedien/>

●●● Offener Brief III – Forderung der Zivilgesellschaft an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer und deutschsprachigen Medien

<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/04/12/offener-brief-iii-forderung-der-zivilgesellschaft-an-bundeskanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrer-und-deutschsprachigen-medien/>

Offener Brief II betr. KRITIK am Risikomanagement Krisenstab CORONA an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer und deutschsprachigen Medien

<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/04/10/offener-brief-ii-betr-kritik-am-risikomanagement-krisenstab-corona-an-bundeskanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrer-und-deutschsprachigen-medien/>

Offener Brief betr. CORONA an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Fraktionsführer und deutschsprachigen Medienvertreter

<https://www.aktivist4you.at/wordpress/2020/04/08/offener-brief-betr-corona-an-bundeskanzler-sebastian-kurz-fraktionsfuehrer-und-deutschsprachigen-medienvertreter/>

---

Sie finden da könnte man noch viel mehr kritisieren, stimmt, here we go:

09.10.2019: Offener Brief an die deutschsprachigen Medien zum **vorherrschenden internationalen Rechtsbankrott** <https://www.aktivist4you.at/wordpress/2019/10/09/internationaler-rechtsbankrott-offener-brief-an-die-deutschsprachigen-medien-der-internationale-rechtsbankrott-wird-medial-verschwiegen-die-usa-brechen-internationale-gesetze-das-voelkerrecht-di/>

11.11.2019: Offener Brief an die Medien über die **Nichtberichterstattung unserer Komplizenschaft beim US-Drohnenmassenmord durch ausspionierte Abhördaten Königswarte** sowie Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Innsbruck <https://www.aktivist4you.at/wordpress/2019/11/11/offener-brief-ueber-die-nichtberichterstattung-unsere-komplizenschaft-beim-us-drohnenmassenmord-durch-ausspionierte-abhoerdaten-koenigswarte-sowie-anzeige-bei-der-staatsanwaltschaft-innsbruck/>

27.10.2019: **Offener Brief - Missstand: Verlorene Neutralität versus fehlende Rechtstreue & fehlende kritische Debatte** <https://www.aktivist4you.at/wordpress/2019/10/27/o-f-f-e-n-e-r-b-r-i-e-f-missstand-verlorene-neutralitaet-versus-fehlende-rechtstreue-fehlende-kritische-debatte/>

02.10.2019 ● **Offener Brief an die österr. Medienvertreter\*innen betr. Hilfeersuchen zu 100 % Zustimmung zu Transparenz & Ausräumung Kalte Progression** <https://www.aktivist4you.at/wordpress/2019/10/02/offener-brief-an-die-oesterr-medienvertreterinnen-betr-100-zustimmung-zu-transparenz-ausraeumung-kalte-progression/>

05.09.2019 Offener Brief an österr. Medienvertreter\*innen: **Demokratiefeindliche Großspenden der Industriellenvereinigung** werden den Wählern weiter verschwiegen und sind erlaubt <https://www.aktivist4you.at/wordpress/2019/09/05/offener-brief-an-oesterr-medienvertreterinnen-demokratiefeindliche-grossspenden-der-industriellenvereinigung-werden-den-waehlern-weiter-verschwiegen-und-sind-erlaubt/>

15.07.2019: **Offener Brief III & Hilfe- und Weckruf der Zivilgesellschaft - Mediales Tabuthema: Internationaler Rechtsbankrott** <https://www.aktivist4you.at/wordpress/2019/07/15/offener-brief-iii-hilfe-und-weckruf-der-zivilgesellschaft-mediales-tabuthema-internationaler-rechtsbankrott/>

09.07.2019 Alarmmeldungen & Prof. Dr. Jörg Becker **über die AKTIVE Friedensverpflichtung der Medien & Offener Brief & Hilfe- und Weckruf der Zivilgesellschaft an Medien-VertreterInnen in der Schweiz, Österreich und Deutschland** <https://www.aktivist4you.at/wordpress/2019/07/09/alarmmeldungen-prof-dr-joerg-becker-ueber-die-aktive-friedensverpflichtung-der-medien-offener-brief-hilfe-und-weckruf-der-zivilgesellschaft-an-medien-vertreterinnen-in-der-schweiz-oesterreic/>

07.07.2019: ● **Time to break the silence: Der internationale Rechtsbankrott**, muss ausgeräumt werden! Die Macht steht über dem Recht, das darf nicht sein! Offener Brief & Hilferuf der Zivilgesellschaft an die deutschsprachigen Mainstreammedien <https://www.aktivist4you.at/wordpress/2019/07/07/time-to-break-the-silence-der-internationale-rechtsbankrott-muss-ausgeraeumt-werden-die-macht-steht-ueber-dem-recht-das-darf-nicht-sein-offener-brief-hilferuf-der-zivilgesellschaft-an-die-deut/>

06.07.2019: **Time to break the silence: Der internationale Rechtsbankrott, muss ausgeräumt werden! Die Macht steht über dem Recht, das darf nicht sein!** Offener Brief & Hilferuf der Zivilgesellschaft an die deutschsprachigen Medienvertreter <https://www.aktivist4you.at/wordpress/2019/07/06/time-to-break-the-silence-der-internationale-rechtsbankrott-muss-ausgeraeumt-werden-die-macht-steht-ueber-dem-recht-das-darf-nicht-sein-offener-brief-hilferuf-der-zivilgesellschaft-an-die-deuts/>

05.07.2019: ● **Leistbarer Wohnraum/Miete in Innsbruck & Tirol – Emailverkehr mit ORF Tirol & dem ORF Generaldirektor über deren miese Lückenberichterstattung** UND: Emails an ORF-Direktor Dr. Alexander Wrabretz & ORF-Tirol-Journalisten Martin über **umfangreiche konstruktive ORF-Kritik** <https://www.aktivist4you.at/wordpress/2019/07/05/leistbarer-wohnraummieta-in-innsbruck-tirol-emailverkehr-mit-orf-tirol-dem-orf-generaldirektor-ueber-deren-miese-lueckenberichterstattung-und-emails-an-orf-direktor-dr-alexander-wrabretz-o/>

17.04.2019: Offener Brief an die österr. Medien betreffend: **Ersuchen um Berichterstattung über Betroffene des Mindestsicherungsgesetz Neu/Sozialhilfegrundgesetz** <https://www.aktivist4you.at/wordpress/2019/04/17/offener-brief-an-die-oesterr-medien-betreffend-ersuchen-um-berichterstattung-ueber-betroffene-des-mindestsicherungsgesetz-neusozialhilfegrundgesetz/>

08.07.2018: **Verlust der Kaufkraft durch Manipulation des Verbraucherpreisindex. Benachteiligung von großen Gruppen der Gesellschaft. Schändliche Vorgehensweise!** sowie offener Brief Sebastian Kurz <https://www.aktivist4you.at/wordpress/2018/07/08/die-jahrelange-finanzielle-benachteiligung-von-grossen-anteilen-der-oesterreicher-durch-den-vpi-ist-den-meisten-nicht-bewusst-zahlenmanipulation-in-der-statistik-fuer-schoenfaerberei-und-taeuschung/>

02.05.2018: Anfrage **zur Verhinderung von Geldwäsche im Innsbrucker Immobilienmarkt an die Rechtsanwaltskammer – offener Brief an Medien und politisch Verantwortliche** <https://www.aktivist4you.at/wordpress/2018/05/02/anfrage-zur-verhinderung-von-geldwaesche-im-innsbrucker-immobilienmarkt-an-die-rechtsanwaltskammer-offener-brief-an-medien-und-politisch-verantwortliche/>

22.04.2018: **Immobilien-Spekulations-WERBE-Artikel**, „**Innsbruck unser**“ & Immobilienlobbygebet „Innsbruck unser“, der Himmel für Spekulanten, hat das Licht erblickt und der Artikel „Innsbruck unser“ gibt **tiefe Einblicke in die Spekulationswelt und deren profitablen Gewinne** aufgrund .... und ein paar Gedanken <https://www.aktivist4you.at/wordpress/2018/04/22/immobilien-spekulations-werbe-artikel-innsbruck-unser-immobilienlobbygebet-innsbruck-unser-der-himmel-fuer-spekulanten-hat-das-licht-erblickt-und-der-artikel-innsbruck-unser-gibt-tiefe/>

11.09.2017: **Offener Brief an ARD, ZDF, ORF, SRF sowie an die Privatmedien & an die Presse zu wichtigen Themen** <https://www.aktivist4you.at/wordpress/2017/09/11/offener-brief-an-ard-zdf-orf-sowie-an-die-privatmedien-an-die-presse-zu-wichtigen-themen/>

14.08.2017 Offener Brief an den **Generaldirektor vom ORF-Wien, Dr. Alexander Wrabetz sowie an die österr. Medienvertreter betreffend: Berichterstattungsdefizite Die Weißen & einiges mehr, wie: Anti-Mainstreampropaganda** <https://www.aktivist4you.at/wordpress/2017/08/14/offener-brief-an-den-generaldirektor-vom-orf-wien-dr-alexander-wrabetz-sowie-an-die-oesterr-medienvertreter-betreffend-berichterstattungsdefizite-die-weissen-einiges-mehr-wie-anti-mainstream/>

19.10.2016: **Offener Brief an die Medien & Politik zur realitätsfernen Syrienberichterstattung & der US-Regime-Change-Propaganda** <https://www.aktivist4you.at/wordpress/2016/10/19/offener-brief-an-die-medien-politik-zur-realaetsfernen-syrienberichterstattung-der-us-regime-change-propaganda/>

14.08.2016: **Offener Brief - Puls4 - Corinna Millborn u. Sophia Schober-Kaisereder u. Dr. Werner Gruber betreffend Aluminium, Geoengineering, 09/11 und über die Medienkrankheit sowie Machtverhältnisse** - Robert Menasse spricht Klartext über die Verfassung ... <https://www.aktivist4you.at/wordpress/2016/08/17/offener-brief-puls4-corinna-millborn-u-sophia-schober-kaisereder-u-dr-werner-gruber-betreffend-aluminium-geoengineering-0911-und-ueber-die-medienkrankheit-sowie-machtverhaeltnisse-robert-m/>

13.08.2016: **Gesundheitliche Aluminiumgefahr durch angeblichen Fachmann im PULS4 heruntergespielt! - Offener KRITIK-BRIEF:** HALLO LIEBES PULS4-TEAM, wieso kommen eigentlich die Hauptredner bei Pro & Contra kaum zu Wort, sie werden ständig unterbrochen, die Kommentatorin ist nicht in der Lage, das zu unterbinden, hört sich alles nach absichtlich und gewollt an. ...warum können solche Contra Redner, wie z.B. "Werner Gruber", dessen Art unglaublich überheblich und besserwisserisch rüberkam, ständig unterbrechen, damit andere nicht fertig sprechen können, da kann einem übel werden!!!... UND: WARUM WIRD die österr. Bevölkerung von einem angeblichen wissenschaftlichen Fachmann - FALSCH - INFORMIERT! GESUNDHEITSGEFAHR! <https://www.aktivist4you.at/wordpress/2016/08/14/gesundheitsliche-aluminiumgefahr-durch-angeblichen-fachmann-im-puls4-heruntergespielt-offener-kritik-brief-hallo-liebes-puls4-team-wieso-kommen-eigentlich-die-hauptredner-bei-pro-contra-kaum-zu/>

10.06.2016: **Offener Brief Medien - ORF Berichterstattungsdefizite zur NATO** <https://www.aktivist4you.at/wordpress/2016/06/10/offener-brief-medien-orf-berichterstattungsdefizite-zur-nato/>

16.05.2016: **Offener Bürgerbrief - HILFEANSUCHEN um Aufklärung an die österr. Medien betr. Fluchthintergrund US-NATO-Kriegsführungen** <https://www.aktivist4you.at/wordpress/2016/05/16/offener-buergerbrief-hilfeansuchen-um-aufklaerung-an-die-oesterr-medien-betr-fluchthintergrund-us-nato-kriegsfuehrungen/>

08.10.2015: **offener Brief an Bundesministerium für Kunst und Kultur, Verfassung und Medien z. Hd. Herrn BM Dr. Josef Ostermayer** <https://www.aktivist4you.at/wordpress/2015/10/08/offener-brief-an-bundesministerium-fuer-kunst-und-kultur-verfassung-und-medien-z-hd-herrn-bm-dr-josef-ostermayer/>

Emailaussendungsliste bis 22.04.20:

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

[service@bka.gv.at](mailto:service@bka.gv.at); [team@sebastian-kurz.at](mailto:team@sebastian-kurz.at); [alexander.wrabetz@orf.at](mailto:alexander.wrabetz@orf.at); [Kathrin.zechner@orf.at](mailto:Kathrin.zechner@orf.at); [pamela.rendi-wagner@parlament.gv.at](mailto:pamela.rendi-wagner@parlament.gv.at); [team@sebastian-kurz.at](mailto:team@sebastian-kurz.at); [hans-joerg.jenewein@fpoe.at](mailto:hans-joerg.jenewein@fpoe.at); [buergerservice@hofburg.at](mailto:buergerservice@hofburg.at); [natascha.burger@bmkoes.gv.at](mailto:natascha.burger@bmkoes.gv.at);

[office@oevpklub.at](mailto:office@oevpklub.at); [klub@spoe.at](mailto:klub@spoe.at); [parlamentsklub@fpoe.at](mailto:parlamentsklub@fpoe.at); [dialogbuero@gruene.at](mailto:dialogbuero@gruene.at);  
[parlamentsklub@neos.eu](mailto:parlamentsklub@neos.eu); [wolfgang.sobotka@parlament.gv.at](mailto:wolfgang.sobotka@parlament.gv.at); [doris.bures@parlament.gv.at](mailto:doris.bures@parlament.gv.at);  
[norbert.hofer@parlament.gv.at](mailto:norbert.hofer@parlament.gv.at); [robert.seeber@parlament.gv.at](mailto:robert.seeber@parlament.gv.at); [harald.dossi@parlament.gv.at](mailto:harald.dossi@parlament.gv.at);

[chefredaktion@derStandard.at](mailto:chefredaktion@derStandard.at); [chefredaktion@apa.at](mailto:chefredaktion@apa.at); [chefredaktion@kronenzeitung.at](mailto:chefredaktion@kronenzeitung.at); [apa@apa.at](mailto:apa@apa.at);  
[chefredaktion@diepresse.com](mailto:chefredaktion@diepresse.com); [berlin@dpa.com](mailto:berlin@dpa.com); [info@zdf.de](mailto:info@zdf.de); [info@DasErste.de](mailto:info@DasErste.de); [srf@srf.ch](mailto:srf@srf.ch);  
[info@br.de](mailto:info@br.de); [redaktion@wdr.de](mailto:redaktion@wdr.de); [internet@ndr.de](mailto:internet@ndr.de); [Publikumsservice@mdr.de](mailto:Publikumsservice@mdr.de); [INFO@BILD.DE](mailto:INFO@BILD.DE);  
[Info@faz.net](mailto:Info@faz.net); [spiegel\\_online@spiegel.de](mailto:spiegel_online@spiegel.de); [impressum@taz.de](mailto:impressum@taz.de); [redaktion@faz.de](mailto:redaktion@faz.de); [redaktion@sueddeutsche.de](mailto:redaktion@sueddeutsche.de);  
[redaktion@welt.de](mailto:redaktion@welt.de); [DieZeit@zeit.de](mailto:DieZeit@zeit.de); [kontakt@zeit.de](mailto:kontakt@zeit.de); [zentralredaktion@waz.de](mailto:zentralredaktion@waz.de); [redaktion@focus.de](mailto:redaktion@focus.de); [3sat@ard.de](mailto:3sat@ard.de);  
[info@DasErste.de](mailto:info@DasErste.de); [pressdienst@DasErste.de](mailto:pressdienst@DasErste.de); [info@br.de](mailto:info@br.de); [redaktion@blick.ch](mailto:redaktion@blick.ch); [online-news@tages-anzeiger.ch](mailto:online-news@tages-anzeiger.ch);  
[redaktion@tages-anzeiger.ch](mailto:redaktion@tages-anzeiger.ch); [redaktion@bernerzeitung.ch](mailto:redaktion@bernerzeitung.ch); [leserbriefe@nzz.ch](mailto:leserbriefe@nzz.ch); [leserbrief.sonntag@nzz.ch](mailto:leserbrief.sonntag@nzz.ch);  
[redaktion.online@luzernerzeitung.ch](mailto:redaktion.online@luzernerzeitung.ch); [verlag@tagblatt.ch](mailto:verlag@tagblatt.ch); [24heures@24heures.ch](mailto:24heures@24heures.ch); [redaktion@baz.ch](mailto:redaktion@baz.ch); [online@baz.ch](mailto:online@baz.ch);  
[marco.boselli@20minuten.ch](mailto:marco.boselli@20minuten.ch); [peter.waelty@20minuten.ch](mailto:peter.waelty@20minuten.ch); [gaudenz.looser@20minuten.ch](mailto:gaudenz.looser@20minuten.ch); [info@moserholding.com](mailto:info@moserholding.com);  
[tiroler@kronenzeitung.at](mailto:tiroler@kronenzeitung.at); [tirol@kurier.at](mailto:tirol@kurier.at); [mario.zenhausern@tt.com](mailto:mario.zenhausern@tt.com); [redaktion@tt.com](mailto:redaktion@tt.com); [innenpolitik@standard.at](mailto:innenpolitik@standard.at);  
[debatten@standard.at](mailto:debatten@standard.at); [florian.skrabal@dossier.at](mailto:florian.skrabal@dossier.at); [floklenk@gmail.com](mailto:floklenk@gmail.com); [redaktion@derstandard.at](mailto:redaktion@derstandard.at);  
[leserbriefe@diepresse.com](mailto:leserbriefe@diepresse.com); [studio@antennetirol.at](mailto:studio@antennetirol.at); [alexander.paschinger@tt.com](mailto:alexander.paschinger@tt.com); [internet.tirol@orf.at](mailto:internet.tirol@orf.at);  
[redaktion@provinnnsbruck.at](mailto:redaktion@provinnnsbruck.at); [diepresse@tirol.com](mailto:diepresse@tirol.com); [alois.vahrner@tt.com](mailto:alois.vahrner@tt.com); [innsbruck.red@bezirksblaetter.com](mailto:innsbruck.red@bezirksblaetter.com);  
[c.nusser@heute.at](mailto:c.nusser@heute.at); [redaktion@oe24.at](mailto:redaktion@oe24.at); [redaktion@kleinezeitung.at](mailto:redaktion@kleinezeitung.at); [redaktion@news.at](mailto:redaktion@news.at); [redaktion@trend.at](mailto:redaktion@trend.at);  
[office@puls4.com](mailto:office@puls4.com); [service@kurier.at](mailto:service@kurier.at); [service@falter.at](mailto:service@falter.at); [chefredaktion@noen.at](mailto:chefredaktion@noen.at); [chefredaktion@wienerzeitung.at](mailto:chefredaktion@wienerzeitung.at);  
[wienerin@wienerin.at](mailto>wienerin@wienerin.at); [redaktion@wirtschaftsblatt.at](mailto:redaktion@wirtschaftsblatt.at); [redaktion@nachrichten.at](mailto:redaktion@nachrichten.at); [zeitimbild@orf.at](mailto:zeitimbild@orf.at); [oe1.service@orf.at](mailto:oe1.service@orf.at);  
[help@orf.at](mailto:help@orf.at); [office@dossier.at](mailto:office@dossier.at); [furche@furche.at](mailto:furche@furche.at); [atv@atv.at](mailto:atv@atv.at); [redaktion@profil.at](mailto:redaktion@profil.at); [redakt@salzburg.com](mailto:redakt@salzburg.com);  
[info@moserholding.com](mailto:info@moserholding.com); [tirol@apa.at](mailto:tirol@apa.at); [buengerforum@orf.at](mailto:buengerforum@orf.at); [heuteoesterreich@orf.at](mailto:heuteoesterreich@orf.at); [imzentrum@orf.at](mailto:imzentrum@orf.at);  
[report@orf.at](mailto:report@orf.at); [p.lattinger@heute.at](mailto:p.lattinger@heute.at); [m.jelenko@heute.at](mailto:m.jelenko@heute.at); [abo@oe24.at](mailto:abo@oe24.at); [redaktion@oe24.at](mailto:redaktion@oe24.at); [leserbriefe@oe24.at](mailto:leserbriefe@oe24.at);  
[g.fischer@heute.at](mailto:g.fischer@heute.at); [g.drinic@heute.at](mailto:g.drinic@heute.at); [h.seipt@heute.at](mailto:h.seipt@heute.at); [m.wolski@heute.at](mailto:m.wolski@heute.at); [noe-redaktion@heute.at](mailto:noe-redaktion@heute.at);  
[helmut.brandstaetter@kurier.at](mailto:helmut.brandstaetter@kurier.at); [fg@chello.at](mailto:fg@chello.at); [paulpoet@gmx.net](mailto:paulpoet@gmx.net); [andrea.drescher@free21.org](mailto:andrea.drescher@free21.org); [ooe-redaktion@heute.at](mailto:ooe-redaktion@heute.at);  
[online-feedback@oe24.at](mailto:online-feedback@oe24.at); [n.fellner@oe24.at](mailto:n.fellner@oe24.at); [r.daxenbichler@oe24.at](mailto:r.daxenbichler@oe24.at);  
[kundenservice@kroneservice.at](mailto:kundenservice@kroneservice.at); [news@antennewien.at](mailto:news@antennewien.at); [oegb@oegb.at](mailto:oegb@oegb.at); [kufstein.red@bezirksblaetter.com](mailto:kufstein.red@bezirksblaetter.com);  
[thomas.goetz@kleinezeitung.at](mailto:thomas.goetz@kleinezeitung.at); [armin.wolf@orf.at](mailto:armin.wolf@orf.at); [redaktion@kleinezeitung.at](mailto:redaktion@kleinezeitung.at); [redaktion@news.at](mailto:redaktion@news.at);  
[redaktion@trend.at](mailto:redaktion@trend.at); [office@puls4.com](mailto:office@puls4.com); [service@kurier.at](mailto:service@kurier.at); [service@falter.at](mailto:service@falter.at); [chefredaktion@noen.at](mailto:chefredaktion@noen.at);  
[chefredaktion@wienerzeitung.at](mailto:chefredaktion@wienerzeitung.at); [wienerin@wienerin.at](mailto>wienerin@wienerin.at); [redaktion@wirtschaftsblatt.at](mailto:redaktion@wirtschaftsblatt.at); [redaktion@nachrichten.at](mailto:redaktion@nachrichten.at);  
[zeitimbild@orf.at](mailto:zeitimbild@orf.at); [oe1.service@orf.at](mailto:oe1.service@orf.at); [help@orf.at](mailto:help@orf.at); [redaktion@profil.at](mailto:redaktion@profil.at); [redakt@salzburg.com](mailto:redakt@salzburg.com);  
[info@moserholding.com](mailto:info@moserholding.com); [tirol@apa.at](mailto:tirol@apa.at); [buengerforum@orf.at](mailto:buengerforum@orf.at); [heutekonkret@orf.at](mailto:heutekonkret@orf.at); [heuteoesterreich@orf.at](mailto:heuteoesterreich@orf.at);  
[imzentrum@orf.at](mailto:imzentrum@orf.at); [report@orf.at](mailto:report@orf.at); [stefan.lindner@orf.at](mailto:stefan.lindner@orf.at); [tirol-heute@orf.at](mailto:tirol-heute@orf.at); [hubert.patterer@kleinezeitung.at](mailto:hubert.patterer@kleinezeitung.at);  
[thomas.spann@kleinezeitung.at](mailto:thomas.spann@kleinezeitung.at); [chefredaktion@apa.at](mailto:chefredaktion@apa.at); [klenk@falter.at](mailto:klenk@falter.at); [rudolf.mitloehner@furche.at](mailto:rudolf.mitloehner@furche.at);  
[g.mandlbauer@nachrichten.at](mailto:g.mandlbauer@nachrichten.at); [marin.kotynek@standard.at](mailto:marin.kotynek@standard.at); -----

---

---